BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 1 **Köln, 20. Januar 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Hanfried Lenz – Franz Rauhut
Hermann Rauschning – Hans Rheinfelder
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Heinz Sitta – Hermann Strathmann
Leo Weismantel – Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Inhalt:

Franz Paul Schneider, „Umrüstung oder Abrüstung“ S. 1
Hermann Etzel, „Lage und Grundlagen der amerikanischen Politik“ S. 4
Klemens Brockmöller, „Individualismus und Kollektivismus“ S. 12
Johannes Weidenheim, „Ein garstiges Exempel“ S. 16
Leo Weismantel, „Briefe an einen Bundestagsabgeordneten“ S. 17
Ulrich W. Döring, „Grundgesetz und Wahlgesetz“ S. 18
Hermann Strathmann, „Zur Aufrüstungspsychose“ S. 22
Heinz Sitta, „Der Westen und die farbigen Völker“ S. 24
Wirtschaft S. 28
Auslandsberichte S. 30
Zeitdokumente S. 33

Prof. Dr. Franz Paul Schneider

Umrüstung oder Abrüstung?

Der Krieg ist der Ausdruck der menschlichen Unzulänglichkeit. Er beweist, daß die Geschichte wesentlich von emotionalen und irrationalen Triebkräften bestimmt wird. Bis 1914 konnte aber der Krieg — instrumental betrachtet als „ultima ratio“ der Politik — den Fürsten und Staaten als geeignetes Mittel erscheinen, ihre Ansprüche durchzusetzen. Den Sieger erwartete ein Zuwachs an Macht und materiellem Besitz. Im Weltkrieg 1914/18 wurde zum ersten Male in der Geschichte offenkundig, daß der Krieg durch den Fortschritt der Waffentechnik zu einem untauglichen Mittel geworden war. Zudem hatte die durch die industrielle Revolution ausgelöste planetarische Integration einen Grad erreicht, bei dem die politischen Probleme durch den Krieg nicht mehr gelöst oder auch nur verringert, sondern nur kompliziert und vermehrt werden konnten. Vergeblich sträubten sich die Sieger gegen die Erkenntnis, daß auch sie Verlierer waren. Die Ächtung des Krieges,

früher das Ziel ethisch-religiöser Reformer, wurde zu einer Aufgabe der Politiker und der Staatsmänner. Die Geschichte war in eine neue Phase getreten, die sich ein institutionelles Symbol im Völkerbunde schuf. Die Staaten bemühten sich, zu internationalen Vereinbarungen über eine allgemeine Abrüstung zu gelangen, um schließlich den Krieg zu überwinden (Kelloggpakt). Noch aber war das weltpolitische Kraftfeld beherrscht von den alten Leidenschaften und Vorurteilen, und die Staatsmänner huldigten nach wie vor einer emotionalen Deutung der vorhandenen Spannungen. Daher blieben die Abrüstungsbestrebungen weithin ein Privileg der Völkerbundsspezialisten. Man erkannte nicht deutlich genug, daß eine wirksame Abrüstung der Heere und Waffen mit einer echten Entspannung, einer „moralischen" Abrüstung Hand in Hand gehen mußte und würde.

In diesem Punkt hat sich während des Zweiten Weltkrieges eine entscheidende Wandlung vollzogen. Immer weitere Kreise erkannten, daß der Krieg zum reinen Anachronismus, zu einer schlechthin alogischen Kategorie und, im Grenzfall, zum Prinzip totaler Vernichtung geworden war. Diese Einsicht wurde von Jahr zu Jahr verstärkt durch die Vervollkommnung der Atombombe. Betrug der Durchmesser der Kreisfläche völliger Vernichtung bei der Bombe von Hiroshima nur 1,2 km, so ist er inzwischen auf etwa 34 km angestiegen. Schon im Oktober 1954 konnte Präsident Eisenhower in Hartford darauf hinweisen, daß in einem Atomkrieg der einzige Unterschied zwischen Siegern und Besiegten im „Grade der Zerstörung" bestehe. Die Abrüstung ist längst zu einem Problem geworden, das gelöst werden m u ß, wenn die Geschichte in ihrem letzten Kapitel nicht von dem gelungenen Selbstmordversuch der Menschheit berichten soll. „Die Notwendigkeit der Abrüstung nimmt im direkten Verhältnis zur Erfindung und Anhäufung von Waffen zu einem ständig wachsenden Potential der Zerstörung zu" (so die gemeinsame Erklärung Bulganins, Chruschtschews und Nehrus in Neu-Delhi vom 13. Dezember 1955).

Im Juni 1945 wurde in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen angenommen. In der Charta wurde die Vollversammlung der UNO gemäß Artikel 11 und 26 verpflichtet, Grundsätze und Pläne für die Abrüstung zu entwickeln. In der einschlägigen Betätigung der UNO lassen sich vier Phasen unterscheiden:

In der Zeit von 1945 bis 1950 wurde die Abrüstung für die klassischen Waffen und die Atomwaffen getrennt behandelt, es bestand keine Verbindung zwischen der am 24. Januar 1946 begründeten Atomkommission und der am 13. Februar 1947 ins Leben gerufenen Kommission für die herkömmlichen Waffen. Seit der zweiten Phase von 1951 bis 1953 befaßt sich eine einzige Instanz mit beiden Waffengattungen, am 11. Januar 1952 wurden die beiden vorher genannten Kommissionen aufgelöst und eine einzige Abrüstungskommission geschaffen. Die dritte Phase des Jahres 1954 ist gekennzeichnet durch die beginnende internationale Entspannung nach der Beilegung des Korea-Konflikts und der Beendigung des Krieges in Indochina, und es entstand am 19. April der Unterausschuß der Abrüstungskommission. Mit seiner Eröffnung im Februar 1955 begann die vierte und aussichtsreichste Phase, in die die Genfer Spitzenkonferenz (18.—23. 7. 1955) fällt.

Die Abrüstungsverhandlungen haben zu einer Klärung der Fragestellungen und zu einer Annäherung der Ansichten, aber noch nicht zu konkreten Maßnahmen geführt. Der Frieden kann jedoch höchstens auf kürzere Sicht, keineswegs auf Dauer durch das „Gleichgewicht des atomaren Schreckens" aufrechterhalten werden. Mit Recht betonte der sowjetische Ministerpräsident Bulganin im Dezember des Jahres 1955 in einem Interview mit dem Leiter des Washingtoner Büros der Agentur Telenews, daß „das Wettrüsten einschließlich desjenigen auf dem Gebiete der Atomwaffen die Gefahr eines neuen Krieges nicht beseitigt, sondern sogar erhöht". Der Wille zur Abrüstung ist bei allen einsichtigen Staatsmännern vorhanden. Noch aber stehen sich zwei Mächtegruppierungen gegenüber, die von instinktivem Mißtrauen gegeneinander erfüllt sind. Die Schwierigkeit besteht darin, eine genau proportionale Verringerung der militärischen Schlagkraft auf beiden Seiten zu erreichen, d. h. die Erzielung eines Vorsprungs durch eine Seite zu verhindern. Die Angst vor einer Verschiebung der militärischen Relationen wird noch verschärft durch die sog. „Umrüstung", die an sich nichts mit der geforderten Abrüstung zu tun hat. Man muß bei der Umrüstung sogar voraussetzen, daß der militärische Leistungseffekt bei gleichem Kostenaufwand überproportional zunimmt, so daß das, was optisch als Abrüstung erscheinen könnte, in Wahrheit verstärkte Aufrüstung ist. Allerdings ist die Umrüstung nicht möglich ohne ein gewisses Maß politischer Entspannung, weil der umrüstende Staat für die Zeit der Umstellung militärisch nicht ganz „in Form" ist.

Die Umrüstung ist ihrem Wesen nach ein Substitutionsvorgang, wie er sich laufend in

der Industrie vollzieht, wenn dort organische Arbeit durch die Maschine ersetzt wird. Die ökonomische Substitution manifestiert sich in letzter Konsequenz durch die sog. Automation, die den Menschen auf eine bloße Auslösungs- und Kontrollfunktion beschränkt. Im militärischen Bereich handelt es sich darum, Truppenkontingente durch Waffen der nuklearen Massenvernichtung wie A- und H-Bomben, ferngelenkte Raketen mit atomaren Sprengköpfen und die dazu erforderlichen interkontinentalen Luftflotten zu ersetzen. Psychologisch bedeutet die Umrüstung Ausschaltung von Soldaten und der in ihnen lebendigen emotionalen Energien. Atomare Waffen haben weder Vorurteile noch Kampfgeist. Die Basis der „militaristischen" Beeinflussung der Menschen wird also durch die Umrüstung verringert. Es wird evident, daß das Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht endgültig vorbei und der Status des Soldaten überholt ist. Auf der anderen Seite aber besteht die große Gefahr, daß diejenigen, die die komplizierten Vernichtungsinstrumente bedienen, in den Bannkreis einer technokratischen Denkweise geraten und bewußtseinsmäßig den Faktor A (Anthropos) mehr und mehr ausklammern.

Die Umrüstung nahm zuerst in der UdSSR greifbare Formen an. Schon am 14. August 1955 gab der Kreml bekannt, daß die sowjetischen Streitkräfte bis zum Ende desselben Jahres um insgesamt 640 000 Mann verringert werden würden. Am 14. Mai 1956 wurde eine weitere Verminderung um 1,2 Millionen bis zum 1. Mai 1957 und gleichzeitig eine Zurückziehung von 30 000 Mann aus der DDR angekündigt. In der Sowjetunion, die aus verschiedenen Gründen an einer Entlastung des Militärbudgets besonders interessiert ist, hat man die Umrüstung offensichtlich mit einer echten Abrüstung gekoppelt.

In den USA wurde zunächst die Umrüstung in Angriff genommen und die Abrüstung zurückgestellt. Wortführer des „neuen" Kurses ist der amerikanische Generalstabschef, Admiral Radford. Durch die neue Planung soll die atomare Abschreckung zum Rückgrat der atlantischen Verteidigung gemacht werden. Radford rechnet damit, daß nach der Einführung der neuen Waffen in den nächsten drei Jahren etwa 800 000 Mann abgebaut werden können. Die Beratungen über die Umrüstung wurden monatelang hinter den Kulissen geführt, und erst am 1. August 1956 wandte sich der Admiral an die Öffentlichkeit, um sie von der beabsichtigten Reorganisation der Landesverteidigung zu unterrichten. Am gleichen Tage verkündete Eisenhower den Entschluß der Regierung, Soldaten durch „Technik, Geschwindigkeit und Anpassungsfähigkeit" zu ersetzen. Nur zwei Tage später wurde der neue Kurs durch den Oberbefehlshaber der US-Luftstreitkräfte, General Twining, bestätigt. Auch in Großbritannien wurde die Verringerung der Truppenstärke unter Aufrechterhaltung der militärischen Verteidigungskraft sehr lebhaft diskutiert.

Washington wie London ließen durchblicken, daß sie im Zuge der Umrüstung Truppen aus Westdeutschland zurückziehen würden. Daher lösten die anglo-amerikanischen Pläne auf dem europäischen Kontinent gewisse Besorgnisse aus. Besonders der Bundeskanzler zeigte sich stark beunruhigt, und der cauchemar des Radfordplans überschattete seine Urlaubstage auf der Bühler Höhe. Dr. Adenauer fürchtete, daß der deutsche Verteidigungsbeitrag durch die Umrüstung an Wert verlieren würde, immer wieder wies er darauf hin, daß durch die Verminderung der herkömmlichen Waffen die Gefahr kleiner und nichtatomarer Kriege vergrößert würde. Am 26. Juli 1956 richtete die Bundesregierung eine Note an die sechs Staaten der WEU, um eine gemeinsame Stellungnahme herbeizuführen, und gleichzeitig wurde General Heusinger als Leiter der Führungsabteilung im Bundesverteidigungsministerium zum NATO-Planungsstab im Pentagon entsandt. Der Standpunkt der Bundesregierung wurde am 15. September 1956 vom Ministerrat der WEU einstimmig gebilligt.

Gleichwohl setzte sich die neue strategische Konzeption sozusagen kraft immanenter Logik durch. Die Schwert-Schild-Theorie der NATO ist überholt, und auch Bonn mußte sich diesem allgemeinen Trend beugen. Entgegen der gutachtlichen Stellungnahme der Generale, die 24 Monate als wünschenswert und 18 Monate als notwendig bezeichneten, wurde am 27. September 1956 die Dienstzeit der Bundeswehr auf 12 Monate herabgesetzt. Gleichzeitig wurde ihre Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen in Aussicht gestellt. Diese Umstellung der Bundesrepublik auf die neue Konzeption vollzog sich nicht ohne Dissonanzen und Friktionen, wenn man deren Bedeutung auch nicht überschätzen soll. Die interne Auseinandersetzung fand ihren äußerlichen Abschluß mit der Berufung von F. J. Strauss zum Bundesverteidigungsminister, während Theodor Blank, der das Adenauersche Konzept bis zuletzt verteidigte, als stellvertretendes Opfer in die Wüste geschickt wurde.

Die im Gange befindliche Umrüstung ist geeignet, auf den rein technischen Aspekt abzulenken. Umrüstung ist nicht Abrüstung! Effektive, nicht nur vorgetäuschte Abrüstung ist aber eine Existenzfrage der Völker. Noch ist das Problem der Verminderung und Abschaffung der Kernwaffen nicht ernsthaft in Angriff genommen worden, noch hat man die Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben nicht eingestellt! Der erste konkretere Schritt zur Einschränkung der Atomwaffenversuche ist der Plan, den der britische Staatsminister Nutting am 11. Juli 1956 dem Abrüstungsausschuß der UNO in New York vorlegte: danach sollen im Rahmen eines progressiven Abrüstungsprogramms diese Versuche in „geeigneten Stadien" abgebaut werden.

Im Zusammenhang mit der Umrüstung sind von den bei den Abrüstungsverhandlungen bisher gemachten Vorschlägen unmittelbar bedeutsam die Abrüstungskontrolle, der durch Eden entwickelte Gedanke einer entmilitarisierten Zone und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Nach ihrer Verwirklichung würde sich die Bereitschaft zu einer allgemeinen Abrüstung automatisch erhöhen. Als wirksames Kontrollverfahren wurde von Eisenhower die Inspektion aus der Luft, von Molotow eine Kontrolle in Luft- und Seehäfen, an Eisenbahnknotenpunkten, in Kasernen und militärischen Anlagen, also eine Bodenkontrolle angeregt. Die Inspektion aus der Luft wurde von der UdSSR bislang abgelehnt — der Grund: „Die amerikanische Luftwaffe verfügt über eine photographische Ausrüstung, mit der man Aufnahmen machen kann, worauf man aus 2000 m Höhe die Grübchen in einem Golfball erkennen kann" (so „Tips" Nr. 5/56). Die Bedenken der Sowjetunion gegen eine derart lückenlose „Bestandsaufnahme" sind bis zu einem gewissen Grade verständlich, und es ist daher ein beachtlicher Fortschritt, daß der Kreml in seiner jüngsten Note vom 17. November 1956 den Luftkontrollplan Eisenhowers bedingt annimmt. Moskau erklärt sich „zur Prüfung der Frage bereit", ob nicht in einer Tiefe bis zu 800 km östlich und westlich der Grenzen von NATO- bzw. Warschaupakt-Mächten Luftaufnahmen gemacht werden könnten.

Diese Note sollte als Ganzes und besonders in dem hier erwähnten Punkt gründlich geprüft werden. Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß wir nicht mehr sehr viel Zeit zu verlieren haben und uns weitere Experimente am Rande des atomaren Krieges nicht leisten können.

Es ist heute das vornehmste Anliegen einer verantwortungsbewußten Publizistik, die Menschen von der Notwendigkeit einer echten und baldigen Abrüstung zu überzeugen. Schon bisher war „die Friedenssehnsucht der Völker der wichtigste Faktor, der die Staatsmänner gezwungen hat, gemeinsame Wege zur Abrüstung zu suchen" („Textes et documents sur le désarmement 1945—1955", Wien, 1956).

Dr. Hermann Etzel

Lage und Grundlagen der amerikanischen Politik

Unruhe in der Welt

Die Quelle der politischen und psychologischen Unruhe in der Welt bilden im wesentlichen vier geschichtliche Tatsachen: Die russische Oktoberrevolution von 1917, die Konzentration der Macht in zwei ideologisch und wirtschaftlich einander entgegengesetzten, rivalisierenden Weltblöcken, der Niederbruch des Kolonialismus durch die Freisetzung und den Aufstieg der unermeßlichen afroasiatischen Kräfte und die existentialistische Drohung der Atomstrategie. Es ist vor allem der unausgetragene Gegensatz der Machtkombinate des Westens und des Ostens. Seitdem dieser im Zerfall des westlich-sowjetischen Kriegsbündnisses 1947 auf den Außenministerkonferenzen von Moskau und London offen zutage trat, halten Druck, Gegendruck und unausgesetztes gegenseitiges Prüfen und Abtasten der Gegner die Menschheit in Atem. Keine Gegend des Planeten bleibt von diesem gigantischen Ringen im Freistil unberührt, auch die Arktis und Antarktis nicht.

Beide Seiten bemühen sich um die Seele der außerhalb stehenden Länder und Völker, um die Unabhängigen und Neutralen der Bandungkonferenz und Lateinamerikas. Deutschland, dessen diktatorische Regierung 1939 durch den Angriff auf Polen die Umwälzung zur akuten Auslösung brachte, ist, indem es in die Blöcke eingefügt wurde oder sich eingefügt hat und in ihnen verharrt, gespalten, zerrissen und in den unheilvollen Gegensatz verstrickt. Noch ist kein Ende der geschichtlichen, unter Aufbietung aller Kräfte und Mittel geführten Auseinandersetzung abzusehen, ihr Höhepunkt noch keineswegs erreicht.

Bereits Anfang 1946 lief in Kreisen der US-Army in Westdeutschland die Formel um: Wir lassen den Russen höchstens noch zwei Jahre Zeit. Der kalte Krieg brach aus. Zeit- und stellenweise ging er in den heißen über. Von der Berliner Blockade schossen Stichflammen nach Korea, Indochina, Ungarn, Nahost. Die vorgeblichen oder auch wirklichen Zielsetzungen und die Methoden wechseln. Das gilt vorab für die amerikanische Politik, die sich von der Doktrin der Eindämmung (containment) zur missionarisch umkleideten Losung der Zurückdrängung, der „Befreiung" (roll back) steigerte und sich dann unter dem Gewicht harter Tatsachen zu dem in Moskau erfundenen und entwickelten und von der Bandungkonferenz übernommenen Grundsatz der Koexistenz bequemte, um neuerdings wieder Züge der Politik der Eindämmung durch Abschreckung anzunehmen. So erscheint es für das Verständnis der internationalen Lage und der ihr innewohnenden Entwicklungstendenzen wohl nützlich, die Lage und die Grundlagen der gegenwärtigen Politik der Vereinigten Staaten zu untersuchen.

Präsident und öffentliche Meinung in USA

Wachsende Neigung zur Abrüstung

Als die amerikanische Bevölkerung am 6. November 1956 zur Wahlurne ging, war die Außenpolitik ihres Landes im Bereich der asiatischen Fragen, der Nahostkonflikte, der Krisen innerhalb und gegenüber der atlantischen Allianz und der auf dem 20. Kongreß der KPdSU hervorgetretenen Probleme nahezu zusammengebrochen. Ihre Kritiker warfen dem Präsidenten sein Konzept der persönlichen Diplomatie unter vier Augen, dem Außenminister seine Unentschlossenheit vor. Sie täuschten, wurde gesagt, die Öffentlichkeit durch wohlgesetzte, tröstliche, optimistische Worte und den ständigen Appell an abstrakte Idealvorstellungen, wie es besonders auch nach der Begegnung Eisenhowers mit Eden in der „Erklärung von Washington" wieder geschehen sei. Die Außenpolitik begnüge sich mit einer allgemeinen Haltung und mit Improvisationen, wo nur zähe, systematische Arbeit und spezifische Mittel wirksam sein könnten. Offenbar seien Gemeinplätze eine größere Stärke des Präsidenten als Programme. Es stehe nicht fest, was er eigentlich wolle. Bei auftretenden Krisen sei seine Haltung häufig unsicher. Die amerikanische Position in Asien und Nahost werde nicht schon dadurch verbessert und gefestigt, daß der Präsident Sukarno, Nehru oder auch Ibn Saud zu persönlichen Gesprächen einlade. Unter ihm sei der Kongreß gegenüber den Vorschlägen der Regierung für eine langfristige Auslandshilfe immer kritischer und unzugänglicher und in europäischen Angelegenheiten für eine isolationistische Haltung immer empfänglicher geworden. Die Beendigung des Koreakrieges sei nicht sein Werk; die Zeit sei eben reif dafür gewesen. Die Weltparole der Koexistenz sei nicht von ihm ausgegangen.

Gleichwohl hat die Wählerschaft dem Präsidenten einen einzigartigen Vertrauensbeweis gegeben und einen kaum erlebten Triumph bereitet. Sie hat für ihn persönlich gestimmt, nicht für seine Republikanische Partei, die auch weiterhin, mehr noch als bisher, eine Minderheitspartei im Kongreß bleibt. Sie hat für seine guten Absichten, seine Redlichkeit und seinen Friedenswillen, für den Frieden schlechthin, votiert, sie hat ihm und seinem good will einen Blankoscheck ausgestellt, den er nun einlösen muß. Nie seit Abraham Lincoln waren einem Präsidenten gewaltigere Aufgaben gestellt, nie hat sich ein amerikanischer Präsident größeren Schwierigkeiten gegenübergesehen. Dabei ist seine Stellung wesentlich verändert. Er ist, von dem Hemmnis seines Gesundheitszustandes abgesehen, der erste Präsident, dessen Wählbarkeit verfassungsrechtlich auf zwei Wahlperioden beschränkt wurde. Er wird also nicht mehr kandidieren können. Je weiter seine Amtszeit vorrückt, desto mehr wird sein Einfluß auf die Republikanische Partei abnehmen und derjenige Nixons wachsen. Ob darin eine Chance oder eine Gefahr für seine Politik liegt, bleibt hier ununtersucht. Jedenfalls bildet diese Tatsache einen bedenklichen Unsicherheitsfaktor. Dwight D. Eisenhower sieht sich nun auf den geschichtlichen Prüfstand gestellt. Im Suezkonflikt war seine und seiner engsten Berater Haltung zu-

nächst besonnen, objektiv und fest. Sie stimmte wesentlich mit derjenigen der Sowjetunion überein. Es war die Zeit der Erkrankung des Außenministers Dulles. Nach dessen Rückkehr in das Amt traten in der amerikanischen Außenpolitik alsbald wieder die Zeichen und Merkmale jener nervösen Ungereimtheit auf, die während der Indochinakrise geradezu neurasthenische Formen annahm, jenes Schwanken zwischen Entschluß und Zögern, Vorpreschen und Zurückweichen, Drohung und Beschwichtigung.

Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, daß der Präsident selbst nicht den Frieden wolle. Die amerikanische Bevölkerung hat mit seiner Wahl für den Frieden demonstriert. Sie ist diesseitig eingestellt, liebt das Leben und scheut den Tod. Sie will Wohlstand, Sicherheit und Frieden. Ihr Selbstbewußtsein und ihre Selbstsicherheit sind durch den Koreakrieg erschüttert worden. Sie weiß jetzt, was es heißt, in einen Krieg von Anfang an verwickelt zu sein und die Hauptlast tragen zu müssen. In den beiden Weltkriegen, die die neue Machtstellung der Vereinigten Staaten begründeten, konnten sich diese darauf beschränken, während der letzten Phase, da sich Europa selbst zerfleischt und waidwund geschlagen hatte, mit dem Hirschfänger anzutreten und dem einen Gegner den Genickfang zu geben. „Gottes eigenes Land" blieb von unmittelbaren Kriegseinwirkungen verschont. Im dritten Weltkrieg würden Land und Volk Amerikas von Anfang an in die schrecklichste und opfervollste Katastrophe gestürzt. Bei der erreichten atomaren Pattstellung kommt es nicht mehr auf mengen- oder gradmäßige Unterschiede in der nuklearen Rüstung an. Hinzu tritt die Erkenntnis, daß die weiten, dünner bevölkerten eurasischen Kontinentalmassen weniger verwundbar sind und besonders im Winter eine stärker abstoßende Abwehrkraft besitzen als das gebrechlich gegliederte, dichter besiedelte amerikanische Vorfeld in Westeuropa, und daß der Osten strategisch und taktisch aus der inneren Linie heraus zupackend handeln und die Schwerpunkte rasch verlagern kann, was dem peripher und amphibisch operierenden, auf weite, maritime, gefährdete Etappenlinien angewiesenen Westen nicht möglich ist; von der großen Überlegenheit des Ostens in den herkömmlichen Waffen ganz zu schweigen. So ist die potentielle strategische Lage des Westens trotz aller von atlantischen Militärs zur Schau getragenen Zuversicht recht heikel. Amerika dürfte auch daran denken, welche Lage entstünde, wenn es in Asien in eine kriegerische Verwicklung gezogen würde und die Sowjetunion verhältnismäßig freie Hand in Europa hätte. Washington kann und will sich also keine gefährlichen, in ihrem weiteren Verlaufe nicht vorausschaubaren Konflikte leisten. So zeigt es jetzt auch gegenüber den sowjetischen Vorschlägen in der Abrüstungfrage eine entgegenkommende, ja bereitwillige Haltung. Auf seine neuen Anregungen im Unterausschuß der UNO darf man gespannt sein. Es wird im wesentlichen um den Wettlauf in den Kernwaffen und der Raketentechnik, um die Verdünnung der Truppenstärken beiderseits der Elbe, die Überwachung aus der Luft und zu Lande an strategischen Punkten sowie um die allgemeine Herabsetzung der Stärken der Streitkräfte gehen. Die Fragen der deutschen Wiedervereinigung und der Neutralität eines künftigen Gesamtdeutschlands dürften aber in diesem Zusammenhang von der US-Politik nicht oder wenn, so nur am Rande aufgeworfen werden; denn sie will in Übereinstimmung mit Bonn vorerst auf die bestehenden militärischen Allianzen nicht verzichten. Die Wiedervereinigung ist nicht aktuell, sie steht tatsächlich nicht zur Debatte. Durch die Bonner Politik hat sie an Rang und Dringlichkeit wesentlich verloren.

Allgemeine Bedingungen der US-Diplomatie

Allgemein sind die Lage und die Bedingungen der amerikanischen Diplomatie ungünstiger geworden. Ihre Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Stützpunkt- und Paktsystems stoßen auf wachsende Widerstände und Schwierigkeiten. Die Zersetzung der atlantischen Allianz schreitet infolge der internationalen Entspannung, der Zunahme der Interessengegensätze und der Schwäche ihrer Kernländer England und Frankreich weiter fort. Die Versuche, das westliche Glacis der Sowjetunion zu zerstören oder wenigstens aufzuweichen, sind mißlungen. Am Horizont erscheint eine neue Begründung und Festigung der Solidarität Moskaus und Pekings unter freundlicher Haltung von Ländern der Bandungkonferenz, vor allem Indiens. Es ist Washington trotz des Besuchs Nehrus nicht gelungen, im Wettbewerb mit Moskau um die Gewinnung der asiatischen Völker voranzukommen; es ist sogar ein scharfer Rückschlag eingetreten. Durch seine neue Initiative in Nahost ist es gegenüber der afroasiatischen Gruppe wie gegenüber der atlantischen Allianz in ein ausweggloses Dilemma geraten. Die Unausgeglichenheit der oft im Wider-

streit miteinander stehenden politischen Auffassungen und Richtungen des Weißen Hauses, State Departments, Kongresses und Pentagons, besonders der anscheinend zugespitzte Gegensatz zwischen dem Außenminister Dulles und dem Abrüstungsbeauftragten Stassen, bringen die Vereinigten Staaten in den Verdacht, auf dem Gebiete der internationalen Politik unzuverlässig zu sein, ein Doppelleben zu führen, um nicht zu sagen, doppelzüngig zu sein, insgeheim mit der Möglichkeit einer ganz anderen Entwicklung zu rechnen und sich den Weg dazu offenzuhalten. Daher träten sie immer wieder mit einer „qualvollen Überprüfung" hervor, fielen dann aber ebenso oft in die alte fehlerhafte Linie zurück. Besonders Frankreich glaubt Grund zu Argwohn zu haben. Letzten Endes liegt die tiefste Ursache des unentwirrbaren Dilemmas der amerikanischen Politik in ihrem falschen Grundriß.

Die gegen die Stützpunkte auf Island gerichteten Beschlüsse des Parlaments von Reykjavik haben Washington aufgeschreckt. Die auf afroasiatischen Territorien liegenden Stützpunkte Amerikas sind wie die britischen Infolge der kolonialen Befreiungsbewegung nicht haltbar. Allgemein ist das System durch die Raketentechnik fragwürdig geworden. Die von den Dollarspendern erhofften politischen Wirkungen blieben bei den Empfängern häufig deshalb aus, weil jene eine gegen die nationalen Einigungen und Selbstgefühle gerichtete Durchdringung, Spaltung oder strategische Unterordnung damit verbanden. Die wirtschaftlich „unterentwickelten", aber gleichwohl aufsteigenden Völker wollen auf die Dauer weder Bestechungsgelder noch Wohltätigkeit.

Krise der atlantischen Allianz und anderer Westpakte „Pendant zu China" Vergebliche Integrationsprojekte

Die Pariser Dezembertagung der atlantischen Allianz hat weder militärisch noch organisatorisch, weder hinsichtlich einer Ausdehnung des sachlichen Aufgabengebietes auf wirtschaftliche und politische Gegenstände noch bezüglich der Erstreckung des geographischen Geltungsbereichs auf die ungedeckte Südflanke eine gültige Antwort gefunden. Sie brachte schließlich nicht mehr als die Erhebung des Erz-Resteuropäers Spaak zum Generalsekretär zuwege. Die in der Mitte durch die Neutralität Österreichs, die neue, wieder der Sowjetunion zugewandte Außenpolitik Jugoslawiens und die Stillegung des Balkanpakts unterbrochene NATO ist auch im Süden offen; sie hat keinen Anschluß an den Bagdadpakt, geschweige denn an die SEATO, die übrigens ohnehin nur auf dem Papier steht. Die pakistanische Anregung, die drei Pakte zu einer gemeinsamen Organisation zu vereinigen, ist, auch wenn nicht schon die beiden letztgenannten Pakte praktisch aus den Angeln gehoben wären, aussichtslos. Im übrigen gehört Amerika dem Bagdadpakt gar nicht an; es will ihm, mit Blick auf die afroasiatischen Staaten, auch nicht beitreten. Die amerikanische Paktpolitik geht ihrem Ende in einem Zeitpunkt entgegen, da es der sowjetischen Politik offenbar gelingt, ihren westlichen Ring aufs neue zu festigen. Die gegenwärtige Initiative Eisenhowers im Vorderen Orient ist ein Beweis für den Fehlschlag des Bagdadpaktes. Gelingt es den Arabern, das Öl unter ihre eigene Kontrolle zu bringen, dann wird die Widerstandskraft der atlantischen Allianz vollends erlahmen, ohne daß ein Schuß abgefeuert wird.

Der jetzt von krauser Ratlosigkeit angebotene Gedanke, in einem durchorganisierten Resteuropa der amerikanischen Politik ein Pendant oder Gegenstück zu Chinas Freundschaft und Bündnis mit der Sowjetunion zu schaffen, erscheint ebenso aufschlußreich wie unrealistisch. Die Hoffnung westlicher Kreise, daß es gelingen könnte, das sowjetisch-chinesische Verhältnis zu lockern, vielleicht sogar Peking von Moskau zu trennen, hat sich als phantastisches Wunschbild erwiesen. Daß es nicht dazu kommt, dafür sorgt schon die immer noch gegen Peking gerichtete Politik Amerikas. Sie ist eine wirksame Einpeitscherin des sowjetisch-chinesischen Einvernehmens. Heute ist die Weltmacht China an der Seite der Sowjetunion in Europa und demnächst auch in Nahost gegenwärtig. Sie trägt wesentlich zur Stärkung und Entwicklung des sozialistischen Lagers bei. Der Besuch der chinesischen Staatsmänner in Moskau, Warschau und Budapest und ihr Angebot einer Wirtschaftshilfe an Polen beweisen es. Das Pekinger Parteiorgan „Das Neue China" hat jüngst in einem großen programmatischen Artikel für die sozialistische Solidarität plädiert, gewisse Haltungen und Äußerungen Titos gegenüber Stalin gerügt und die Anerkennung der Sowjetunion als Zentrum der kommunistischen Weltbewegung gefordert. Ein Interessenkonflikt zwischen der Sowjetunion und China sei undenkbar, erklärte

Tschu En-lai in einem amerikanischen Fernsehinterview, und in Moskau versicherte er soeben: „Die Freundschaft zwischen unseren Ländern ist ewig und unverbrüchlich." Es besteht kein Anlaß, den aufrichtigen Ernst dieser Erklärung anzuzweifeln. In der ungarischen Angelegenheit verteidigt Peking das Vorgehen und die Maßnahmen Moskaus. Vor zwei Jahren hatte es erklärt, es werde auch in Europa kämpfen, wenn die Sowjetunion angegriffen werde. Heute tritt es als erklärter Mitgarant der polnischen Westgrenze an der Oder-Neiße auf. In der Suezkrise war es wie der russische Partner erforderlichenfalls zur Entsendung von „Freiwilligen" entschlossen. Das ist die wirkliche Lage, der gegenüber kein westeuropäisches Pendant denkbar ist. Sie darf, nimmt man die Politik Indiens und die Entwicklung im Vorderen Orient hinzu, als epochal bezeichnet werden. Das atlantische Resteuropa wird der Anziehungs- und Strahlkraft des eurasischen Kontinents und der afroasiatischen Welt immer fühlbarer ausgesetzt sein, und die amerikanische Gegenwart in Europa, Nordafrika und Nahost wird von ihr ständig stärker überblendet werden.

Die immanenten Gegensätze zwischen den atlantischen Partnern nehmen akute Formen an. Der Führungsanspruch der erst so spät in die Weltpolitik eingetretenen und darin lange unerfahrenen Vereinigten Staaten begegnet wachsender Kritik und Ablehnung. Ihre Haltung im Suezkonflikt hat der Allianz einen tödlichen Schlag versetzt. Besonders Frankreich, das die US-Politik in Indochina nicht verwindet, ist mißtrauisch und aufgeregt. Es vertritt die These, Washington befinde sich im stillschweigenden oder ausdrücklichen Einverständnis mit Moskau darüber, das gegenwärtige globale Gleichgewicht nicht zu verändern. Wie England ist es erbittert darüber, daß Amerika in die durch ihre Rückzüge freiwerdenden Räume in Nahost eindringen und sie, die Franzosen und Engländer, daraus verdrängen will. Auch über die amerikanische Haltung zu seiner Algerienpolitik ist es aufgebracht. Wiederum droht es mit dem Auszug aus der Debatte der UNO hierüber. Washington hat alle Hände voll zu tun, die Franzosen zu beschwichtigen und bei der Stange zu halten. Nixon mußte ihnen aufzählen, wodurch und bei welcher Gelegenheit Amerika Verständnis für die Position Frankreichs in Nahost und Nordafrika gezeigt habe, und das State Department läßt durchblicken, daß es geneigt sei, einer Verurteilung der französischen Algerienpolitik durch Beantragung einer öffentlichen Debatte der UNO-Vollversammlung ohne Abstimmung oder wenigstens mit Stimmenthaltung entgegenzuwirken. Eisenhower will sich sogar zu einer Einladung Mollets verstehen. Die Amerikaner dürften sich aber klar darüber sein, daß sie sich, je mehr sie dem französischen Kolonialismus zur Seite stehen, desto sicherer vor der afroasiatischen Welt neue Blößen geben. Durch die von Frankreich bei der UNO erhobene Forderung, die Gründung eines Teilstaates Togo im Rahmen seiner Überseeunion gutzuheißen, ist Washington im Treuhänderrat in einen neuen Gegensatz zu Paris und vor der Vollversammlung in eine neue Zwickmühle geraten. Es bewegt sich dauernd zwischen Scylla und Charybdis und gerät immer wieder vom Regen in die Traufe. Sogar der getreue Bundeskanzler erscheint nicht mehr abgeneigt, aus dem amerikanischen Kielwasser auszuscheren. Seine jetzt erhobene, dem Programm der Friedenspolitiker entnommene Forderung, die Verwendung von Kernwaffen in der Kriegführung zu verbieten, hat in Washington geradezu einen Schock hervorgerufen. Will er sich vor dem Verdacht bewahren, daß ihn hierbei vor allem Rücksichten auf die bevorstehenden Wahlen geleitet haben, so wird er sehr bald und nachdrücklich mit dieser Zentralforderung einer wahren Friedenspolitik ernst machen und ihre Verwirklichung noch vor den Wahlen durch konkrete Anträge auf dem internationalen Felde betreiben müssen.

England, wo sich eine antiamerikanische Stimmung ausbreitet, ist durch seine wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten diplomatisch und politisch empfindlich gehemmt. Auch strategisch gerät es immer mehr in Bedrängnis (Nahost, Ceylon, Zypern). Seine Schwäche ist notorisch, sein internationales Ansehen wie das Frankreichs gesunken. Der Rücktritt Edens und seine Ersetzung durch MacMillan, die Hoffnung der Steifnacks unter den Tories, sind der sinnfällige und bezeichnende Ausdruck der Krise Englands. Diese gegen die Kräfte um Butler ergangene Entscheidung läßt wie das neuerliche militärische Vorgehen gegen Jemen darauf schließen, daß die britischen Hochkonservativen trotz der Suezlehre immer noch mit der Möglichkeit rechnen, ihre waghalsige Politik im Vorderen Orient fortzusetzen. In Europa will England nicht länger eine atlantische Verteidigungslast tragen, die im Gegensatz zu den Aufwendungen der Bundesrepublik seine Kräfte übersteigt. Daher verlangt es, wütend auf das westdeutsche Eindringen in die bisher eigensten britischen Exportmärkte, einen Lastenausgleich unter den atlantischen

Partnern, worunter es zunächst und zumindest die Verdoppelung der von Bonn zu ersetzenden Stationierungskosten oder Truppenabzug versteht. Die Meinung weiter britischer Kreise über die eigene Zukunft färbt sich pessimistisch. Die ungeheuer anschwellende Auswanderung deutet darauf. Frankreich hat bereits die meisten seiner Einheiten aus Westdeutschland nach Afrika oder dem Mutterland verlegt. Für den Rest möchte auch es höheren Kostenersatz. Amerika erwägt im Zusammenhang mit der Einrichtung einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa die Rückberufung der Boys. Bonn seinerseits ist über die amerikanische Unaufrichtigkeit bei der Verwirklichung des Radfordplanes verstimmt. Der Bundeskanzler glaubte noch zu einer Zeit, da dieser bereits durchgeführt wurde, behaupten zu können, er sei aufgegeben. Das war peinlich. Jetzt befürchten die Amerikaner, der Bundeskanzler könnte sich und seine Politik als von Washington preisgegeben ansehen und Folgerungen daraus ziehen. Die Ansicht gewinnt an Boden, daß Dulles zwar die Stellung Adenauers stütze, andererseits aber eine Entwicklung abwarte, die ihm erlaube, mit den Sowjets über Gesamtdeutschland zu verhandeln. So kann die Fortsetzung der bisherigen Bonner Politik dazu führen, daß die Deutschen selbst bei der Gestaltung ihrer Schicksals- und Lebensfrage, der Wiedervereinigung, ausgeschaltet werden.

Die mangelnde Solidarität der atlantischen Allianz äußerte sich auch in der getrennten Abgabe sachlich nicht gleichlautender Antworten der drei Westmächte auf den sowjetischen Vorschlag einer Fünfer-Abrüstungskonferenz. Die Frage ist berechtigt, was denn von der Allianz überhaupt noch vorhanden sei. Angesichts einer solchen Lage gibt es in der westdeutschen, französischen und italienischen CDU sowie unter den französischen Sozialisten einige unentwegte Integrationspolitiker, die sich, von Amerika applaudiert, an die Projekte der Schaffung eines gemeinsamen Marktes und eines Atompools (Euratom) klammern. Es besteht aber, wie sich auch auf der bevorstehenden Sitzung in Brüssel erweisen dürfte, kein einheitlicher Integrationswille. Sein Zustandekommen behindert schon der britische Eklektizismus. Dieser will, unter Berufung auf die Interessen des Commonwealth, stets nur die Rosinen aus dem Kuchen. So war es bei der EVG und der Montanunion, so ist es jetzt. England will sich nur zu einer Freihandelszone, nicht aber zum Anschluß an eine Zollunion der sechs Messinamächte verstehen. Auch den Großmarkt der Freihandelszone will es nur teilweise. Landwirtschaftliche Erzeugnisse und das Commonwealth sollen ausgenommen bleiben. Umgekehrt möchten die französischen und belgischen Integrationsfanatiker ein Maximalprogramm. Besonders die Franzosen, deren Afrikapolitik in dem unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Kolonialfranzosen und der islamischen Bevölkerung zerrieben wird, wollen auch ihre afrikanischen Gebiete einbeziehen. Sie möchten auf diese Weise die Bundesrepublik und das bislang kühl distanzierte Italien für die Rettung ihres Kolonialbesitzes einspannen und sie damit vor der afroasiatischen Welt zum Genossen ihres Kolonialismus machen. Im Euratom sehen viele ein Mittel, die westdeutsche Uranversorgung mengen- und preismäßig unter Kontrolle zu bringen. Jede derartige Teilintegration bedeutet neue Gräben und Gegensätze, neue Spaltung und Zerklüftung. Die ständige Gleichsetzung Rumpfeuropas mit Europa beeinträchtigt Begriff und Vorstellung des wirklichen Europas. Sie verhindert seine Wiedererweckung und Wiederherstellung ebenso, wie die Bezeichnung der Bundesrepublik als Deutschland schlechthin die Idee Gesamtdeutschlands verkleinert und zerstört und seiner Wiedergeburt im Wege ist. Dieses ständige Bemühen, Teile fiktiv zu einer Gesamtrepräsentanz zu erheben, heißt Ostdeutschland abschreiben und das totale, universalistische Europa aufzugeben.

Ungarn

Im vergangenen Herbst wähnten gewisse Kräfte den Zeitpunkt für gekommen, durch eine trotz proklamierter Koexistenz von langer Hand vorbereitete moralische und politische Offensive in den europäischen Ostblockstaaten gegenrevolutionäre Erhebungen und Umwälzungen herbeiführen zu können. Der unzufriedenen und gegnerischen Elemente glaubten sie sicher zu sein. Die surrealistische Absicht war offenbar, die sowjetischen Sicherungen zu erschüttern, womöglich das ganze Glacis aufzurollen, die Sowjetunion politisch, gesellschaftlich und sportlich zu isolieren und ihr Ansehen zu vermindern, ihr, mit anderen Worten, eine Niederlage beizubringen. Westliche Presseorgane sprachen bereits von einer neuen Lage in Europa. Aber das aus dem Hintergrunde durch Geheimdienste gesteuerte und finanzierte gewalttätige Unternehmen ist zusammengebrochen.

Als die Urheber angesichts der sowjetischen Reaktion sahen, was sie angerichtet hatten, und die Gefahr eines Weltkrieges drohte, wichen sie zurück. Aus Amerika kamen die wahrscheinlich amtlich inspirierten alarmierenden Warnungen der Washington Post, kamen wiederholte, an die Moskauer Adresse gerichtete Beteuerungen, daß Washington keinesfalls im Sinne habe, die revoltierenden Länder in den eigenen Machtbereich hineinzuziehen. Heute wird die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung den Anstiftern und ihren Werkzeugen grollen. Schon wollen ungarische Flüchtlinge in die Heimat zurück, nachdem sie ihre Erfahrungen im Westen gemacht haben. Das Ergebnis des Abenteuers ist eine entschlossene und weitgreifende Gegeninitiative des östlichen Gesamtblocks und dessen innere Festigung in einer Zeit, in der die Lockerung der westlichen Pakte unaufhaltsam fortschreitet. Die zahlreichen Begegnungen führender Persönlichkeiten und neue östliche Abkommen zeugen davon ebenso wie die unzweifelhafte Entfernung Jugoslawiens vom Westen. Die angezettelten Unruhen haben die westliche Position nicht gestärkt.

USA und afroasiatische Welt

Politik Indiens

Der Westen, besonders Amerika, hat im Wettlauf um die Sympathien der asiatischen und afrikanischen Völker keine Zeit mehr zu verlieren. Aber die Versäumnisse und Irrtümer können nun nicht im Zeitraffertempo nachgeholt oder gutgemacht werden. Darum konnten auch die auf den Besuch des indonesischen Staatspräsidenten folgenden Gespräche Eisenhowers, Dulles' und Stassens mit Nehru die amerikanischen, allerdings auch die indischen Erwartungen nicht erfüllen; auch mit dem anstehenden saudiarabischen Besuch wird es kaum anders sein. Es wurden keine konkreten Ergebnisse erzielt, weder in der amerikanischen Haltung zu den Fragen der diplomatischen Anerkennung Chinas, seiner Aufnahme in die UNO und der Aufhebung des verschärften Embargos, noch im Kaschmirproblem. Die antikoloniale, proarabische Stellungnahme Nehrus zum Nahostkonflikt wurde nicht gemildert, der Gegensatz zwischen den beiderseitigen Auffassungen über Militärpakte, die von Nehru verworfen werden, und über die Entwicklung in der Sowjetunion nicht überbrückt. Die abschließende Begegnung mit Dulles, der vorher bezeichnenderweise den Außenminister Tschiangkaischeks empfangen hatte, scheint auf Nehru besonders ungünstig gewirkt zu haben. Daher wohl der mürrische Eindruck, den er machte, als er im Fernsehen zur amerikanischen Bevölkerung sprach. Besser ist seine Unterredung mit dem Abrüstungsbeauftragten Stassen verlaufen. Die amerikanische grundsätzliche Bereitwilligkeit zu langfristiger Wirtschaftshilfe für Indien und seinen zweiten Fünfjahresplan braucht nicht überschätzt zu werden. Jedenfalls besteht kaum Grund zu der Annahme, daß die Aussichten der Vereinigten Staaten, sich mit der blockfreien Welt Asiens und Afrikas zu einigen und auf der Brücke der indischen Vermittlung nach Asien zurückzukehren, durch das Erscheinen Nehrus in Washington verbessert worden sind. Sollte es aber doch der Fall gewesen sein, so ist dieser psychologische Effekt durch die neue Nahostinitiative oder, anspruchsvoll und übertrieben ausgedrückt, die neue Eisenhowerdoktrin wieder gefährdet, wenn nicht zunichte gemacht worden.

Die indische Kongreßpartei will den Weg des Sozialismus auf demokratischer Grundlage gehen. Den Kommunismus lehnt sie ab. Sie sieht in ihm ein „anderes Lager", neben dem aber Indien freundschaftlich leben will. „Hindi chini bhai bhai", Inder und Chinesen sind Brüder, tranken Tschu En-lai und Nehru an Silvester auf der Eisenbahnrückfahrt vom Staudamm in Nagal nach Neu-Delhi einander zu. Indien will nicht neutral, aber unabhängig, pakt- und blockfrei sein, nur nach seinem Gewissen handeln und gegebenenfalls zwischen Ost und West vermitteln. Danach könnte es nur ehrlicher Makler, aber nicht brillanter Sekundant sein. Im Suezkonflikt beabsichtigt es aber anscheinend keine Vermittlung, da es den arabischen Befreiungskampf bejaht und jegliche Erscheinungsform und Äußerung des Kolonialismus streng abweist. Ebenso wenig denkt Nehru an eine Initiative in der deutschen Frage. Bei seiner Rückkehr hat er dem chinesischen Ministerpräsidenten zwar über seine Verhandlungen in Amerika, Kanada und England, nicht aber auch über sein Düsseldorfer Gespräch mit Adenauer berichtet. Dieses fand nur am Rande des Geschehens statt. Die mehrfachen Versuche des Bundeskanzlers, den Anschein zu erwecken, als ob er unmittelbar auf die Weltpolitik maßgebenden Einfluß nehmen könnte, sind unerfreulich und unserer Würde abträglich. Weder hat seine seinerzeitige eilige Reise nach Paris zum Rückzug der Suezaggressoren beigetragen, noch dürfte seine jetzige Begegnung mit Nehru wirklich weltpolitische Bedeutung gehabt haben.

Vor der UNO hat Indien mit Unterstützung Ceylons, Burmas und Indonesiens in der Ungarnfrage Gespräche mit Moskau statt der von Washington beantragten Verurteilung gefordert und dem amerikanischen Antrag gegenüber mit zehn weiteren Ländern der Bandungkonferenz Stimmenthaltung geübt. Nehru selbst führt die Ereignisse in Ungarn auf „Druck von außen" zurück und verurteilt das französische Vorgehen in Algerien schärfer als das sowjetische in Ungarn. Auch daran sei erinnert, daß er bei seinem Besuch in Moskau die führenden Persönlichkeiten der Sowjetunion als „Zimmerleute des Friedens" gewürdigt hat. Diese Äußerungen geben wertvolle Fingerzeige für die Grundeinstellung des „Rätsels der Mitte", wie ihn die Menschen in Amerika nennen.

„Eisenhower-Doktrin"

In die nach Suez und Budapest kaum beruhigte internationale Lage hat die amerikanische Diplomatie, die seit der Rückkehr des Außenministers Dulles ihre alte Methode der Zweideutigkeit und Sprunghaftigkeit aufgenommen hat, durch die Verkündung der sogenannten Eisenhower-Doktrin für den Orient neue Unruhe gebracht. Der Präsident will vom Kongreß Sondervollmachten für den Abschluß militärischer Beistandspakte und für den Einsatz amerikanischer Streitkräfte. Später soll auch noch zusätzliche Wirtschaftshilfe bewilligt werden. Selbstverständlich hat dieser von Dulles entworfene und betriebene Plan mit einer Doktrin ebensowenig zu tun wie die seinerzeitigen „Doktrinen" für Griechenland, Korea und Taiwan. Die Bezeichnung ist irreführend und überheblich. Es geht um Macht und Öl. Die Initiative ist eine offen gegen Moskau gerichtete Äußerung der Abschreckungspolitik, eine Variante der Einschüchterung, eine Maßnahme des kalten Krieges und der mit Druck und Verlockung, Peitsche und Zuckerbrot betriebenen machtpolitischen Durchdringung fremder Gebiete, kurz ein Akt der Einmischung. Der Friedenspräsident rasselt unter dem drängenden Einfluß von Nixon und Dulles mit dem Säbel. Darum läßt er jetzt auch den im östlichen Mittelmeer kreuzenden sechsten Flottenverband mit scharfen Kernwaffen ausrüsten. Es wird ihm nicht wohl dabei sein. Er, der es während der Suezkrise abgelehnt hat, außerhalb der UNO zu handeln, soll im Orient nun das Vorrecht selbständigen Eingreifens erhalten, also das gleiche tun können, was die Toren Eden und Mollet mit soviel Mißerfolg getan haben.

Der Inhalt der „Doktrin" ist unklar, sie ist auch geographisch nicht genau abgegrenzt. Dulles gibt zu, daß kein Beweis für eine etwaige Angriffsdrohung Moskaus vorliege. Die Widerstände im Kongreß wachsen. Seine Mehrheit zeigt keine Neigung, Befugnisse der Legislative ohne scharfe Sicherungen und ohne Befristung aufzugeben. Die amerikanische Politik ist im Begriff, die Sympathien zu verlieren, die sie sich durch ihre Haltung während der Suezkrise erworben hat, und den Weg zu den afroasiatischen Völkern endgültig zu verbauen. Engländer und Franzosen erblicken in dem Vorgehen Eisenhowers erbittert einen Beweis für die Absicht, in ihre eigenen bisherigen Einfluß- und Herrschaftsgebiete einzudringen. Die Mehrzahl der arabischen Länder sieht in ihm den halbkolonialen Versuch, die arabische Welt unter amerikanischen Einfluß zu bringen, einen Druck auf ihre Freiheits- und Selbständigkeitsbestrebungen auszuüben, Saudiarabien, wo Öl für Amerika gewonnen wird, sowie Libanon, wo (Sidon) die amerikanische Ölleitung zum Meere endet, zu gewinnen und die fällige soziale und politische Umwälzung im Irak zugunsten der dort herrschenden willfährigen Feudalclique zu verhindern. Auch Jugoslawien, dessen Regierungschef von Eisenhower zu Besuch gebeten wurde, wendet sich entschieden gegen das amerikanische Unternehmen, weil es die Vereinten Nationen ausschalte und das Gleichgewicht im Vorderen Orient störe. Es darf hier daran erinnert werden, daß Jugoslawien, wo zur Zeit eine sowjetische Militärmission weilt, vor kurzem eine weitere Militärhilfe Amerikas abgelehnt hat. Als Sprecher offenbar der überwiegenden Auffassung der Bandungstaaten hat Nehru die Aktion Eisenhowers mißbilligt. In indischen Kreisen herrschen Befremden und Verstimmung darüber, daß die Veränderung in der amerikanischen Taktik unmittelbar nach der Begegnung mit Nehru erfolgte. Die Lage in Nahost werde sich noch mehr als zuvor verschlechtern. Tatsächlich wird durch sie die ganze gespannte Problematik des Vorderen Orients nur noch verwickelter. Nichts ist dort geregelt, nicht die Kanalfrage, nicht die Existenz der israelischen Insel im arabischen Ozean, nicht die Frage der Herrschaft über das Öl. Washington weiß sehr wohl, daß die Sowjets nicht an eine militärische Aggression in Nah- und Mittelost denken. Der weiteren Zunahme ihres wirtschaftlichen und politischen Einflusses im Orient aber kann durch das massive und plumpe Mittel der Eisenhower-Initiative nicht begegnet werden. Sie ist

zunächst nicht mehr als eine abstrakte Drohung gegen Moskau. Dieses kann — ungeachtet der scharfen Reaktion des Regierungsorgans Iswestija — mit der amerikanischen Torheit und ihren bisherigen Wirkungen vorerst zufrieden sein.

Sowjetisch-chinesisch-afroasiatische Zusammenarbeit

Es wird abzuwarten sein, ob Washington von der abstrakten Drohung zu echten, den Frieden akut gefährdenden Herausforderungen übergeht. Das ist nicht wahrscheinlich. Anläßlich des indischen Unabhängigkeitstages werden Nehru, Tschu En-lai, Schukow und der syrische Staatspräsident Kuwatli in Neu-Delhi zusammentreffen. Hier kündigt sich, nach der in den Vereinigten Staaten erlittenen Enttäuschung Nehrus, eine weltweite Zusammenarbeit an, an deren Friedenswillen und Friedenspolitik jede kriegerische Absicht, die auch dem Friedensvotum der überwältigenden Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung widerspräche, scheitern würde. Sie wird über die so pompös verkündete Eisenhower-Doktrin hinweg zur Tagesordnung übergehen. (Abgeschlossen am 12. 1. 1957.)

Klemens Brockmöller S. J.

Individualismus und Kollektivismus

Gedanken zur Koexistenz und zur Wiedervereinigung

(Schluß des Aufsatzes aus Heft 1 und 2, Jahrgang 1)

III. Gedanken zur Wiedervereinigung

Weil einerseits unsere deutsche Situation dadurch charakterisiert ist, daß der allgemeine Gegensatz von Osten und Westen zu einer innerdeutschen Angelegenheit mit einer eigenartigen Verzahnung in dieses große internationale Problem geworden ist und andererseits in dieser Beziehung neue politische Ordnungen im Sinne einer Synthese geschaffen werden müssen, sollten wir in der Tatsache der Trennung nicht nur eine Last sehen, die mit irgendwelchen politischen Mitteln wieder zu beseitigen ist. Gerade diese Teilung stellt vor eine Aufgabe, die zufriedenstellend wohl nur dann gelöst werden kann, wenn sie als Teil und Frucht einer politischen und wirtschaftlichen neuen Ordnung verwirklicht wird. Wo nämlich der Spalt mitten durch ein Volk geht, spürt man am lebendigsten das Problem. Daß es das deutsche Volk ist, hat nicht nur eine geographische Bedeutung der Mitte und Brücke, sondern auch die kulturgeschichtlich besondere Bedeutung als des vorzüglichen Repräsentanten der vergangenen Kulturperiode.

Umgekehrt läßt diese schwärende Wunde einer internationalen Ordnung die große Weltpolitik nicht zur Ruhe kommen, weil beide Teile desselben Volkes jeweils zu einem Bestandteil der großen Blockbildungen geworden sind, die sich als These und Antithese ideologisch gegenüberstehen. Sie zwingt beide Seiten mit innerer Notwendigkeit zu heilenden Bemühungen.

Die große Sehnsucht der Zeit, aus dem Kampf der Klassen und Völker gegeneinander zum Frieden miteinander zu kommen, kann nicht mit einer gegenseitigen Abgrenzung zur Ruhe kommen, sondern muß hier in irgendeiner Weise einander entgegenkommen. Dieses Entgegenkommen aber ist die Voraussetzung dafür, daß die mit den neuen atomaren

zunächst nicht mehr als eine abstrakte Drohung gegen Moskau. Dieses kann — ungeachtet der scharfen Reaktion des Regierungsorgans Iswestija — mit der amerikanischen Torheit und ihren bisherigen Wirkungen vorerst zufrieden sein.

Sowjetisch-chinesisch-afroasiatische Zusammenarbeit

Es wird abzuwarten sein, ob Washington von der abstrakten Drohung zu echten, den Frieden akut gefährdenden Herausforderungen übergeht. Das ist nicht wahrscheinlich. Anläßlich des indischen Unabhängigkeitstages werden Nehru, Tschu En-lai, Schukow und der syrische Staatspräsident Kuwatli in Neu-Delhi zusammentreffen. Hier kündigt sich, nach der in den Vereinigten Staaten erlittenen Enttäuschung Nehrus, eine weltweite Zusammenarbeit an, an deren Friedenswillen und Friedenspolitik jede kriegerische Absicht, die auch dem Friedensvotum der überwältigenden Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung widerspräche, scheitern würde. Sie wird über die so pompös verkündete Eisenhower-Doktrin hinweg zur Tagesordnung übergehen. (Abgeschlossen am 12. 1. 1957.)

Klemens Brockmöller S. J.

Individualismus und Kollektivismus

Gedanken zur Koexistenz und zur Wiedervereinigung

(Schluß des Aufsatzes aus Heft 1 und 2, Jahrgang 1)

III. Gedanken zur Wiedervereinigung

Weil einerseits unsere deutsche Situation dadurch charakterisiert ist, daß der allgemeine Gegensatz von Osten und Westen zu einer innerdeutschen Angelegenheit mit einer eigenartigen Verzahnung in dieses große internationale Problem geworden ist und andererseits in dieser Beziehung neue politische Ordnungen im Sinne einer Synthese geschaffen werden müssen, sollten wir in der Tatsache der Trennung nicht nur eine Last sehen, die mit irgendwelchen politischen Mitteln wieder zu beseitigen ist. Gerade diese Teilung stellt vor eine Aufgabe, die zufriedenstellend wohl nur dann gelöst werden kann, wenn sie als Teil und Frucht einer politischen und wirtschaftlichen neuen Ordnung verwirklicht wird. Wo nämlich der Spalt mitten durch ein Volk geht, spürt man am lebendigsten das Problem. Daß es das deutsche Volk ist, hat nicht nur eine geographische Bedeutung der Mitte und Brücke, sondern auch die kulturgeschichtlich besondere Bedeutung als des vorzüglichen Repräsentanten der vergangenen Kulturperiode.

Umgekehrt läßt diese schwärende Wunde einer internationalen Ordnung die große Weltpolitik nicht zur Ruhe kommen, weil beide Teile desselben Volkes jeweils zu einem Bestandteil der großen Blockbildungen geworden sind, die sich als These und Antithese ideologisch gegenüberstehen. Sie zwingt beide Seiten mit innerer Notwendigkeit zu heilenden Bemühungen.

Die große Sehnsucht der Zeit, aus dem Kampf der Klassen und Völker gegeneinander zum Frieden miteinander zu kommen, kann nicht mit einer gegenseitigen Abgrenzung zur Ruhe kommen, sondern muß hier in irgendeiner Weise einander entgegenkommen. Dieses Entgegenkommen aber ist die Voraussetzung dafür, daß die mit den neuen atomaren

Kräften gegebenen Möglichkeiten der Menschheit nicht zum Verderben, sondern zum friedlichen Aufbau genutzt werden.

Das bedeutet mehr als ein Anliegen der Politik. Die politischen Möglichkeiten und Lösungsversuche sind damit zwangsläufig der größeren kulturellen Aufgabe der Menschheitsentwicklung unterstellt, und das Problem der Wiedervereinigung wird zu einer Kernfrage, ob und wie das deutsche Volk zur dienenden Mitarbeit an diesen neuen Menschheitsaufgaben bereit ist. Die große Belastung, die mit der Spaltung als integrierendem Bestandteil der umfassenden Blockbildung gegeben ist, erscheint als umso größere Aufgabe, die damit vom deutschen Volke wesentlich mitgefordert wird.

Ein Vergleich aus der Geschichte

Ein geschichtlicher Vergleich mag deuten, was damit gemeint ist.

In der geschichtlichen Entwicklung des Altertums hatte im Griechentum unter Perikles die Idee und Verwirklichung der nationalen Eigenständigkeit des attischen Staates ihre große Zeit und Bedeutung. Als dann die Entwicklung zur Zeit des Demosthenes schon weitergegangen war und die nationale Eigenständigkeit der Stadtstaaten von Mazedonien her bedroht wurde, schlossen die großen Staatsreden immer noch mit der Aufforderung: Rettet die nationale Eigenständigkeit! Wenn die verlorengeht, ist es zu Ende mit dem Griechentum überhaupt! Es kam das Ende dieser nationalstaatlichen Souveränität unter Philipp von Mazedonien und Alexander — und es war d i e große Stunde der geistigen Leistung des Griechentums für die Menschheit. Griechische Geistigkeit schuf in der größeren hellenistischen Integration, später in der Verbindung des römischen Reiches, die neue Form, die wir heute noch mit hellenistisch-römischer Kultur bezeichnen, von der wir heute noch zehren.

War es in unserer jüngsten deutschen Vergangenheit nicht gerade so? War es nicht ein gewaltiges, wenn auch tragisches Aufbäumen eines nationalen Sendungsbewußtseins, das wir erlebt haben und nun so elend zusammengebrochen ist? Es ist verständlich, daß viele zunächst, innerlich zerbrochen, keinen Sinn mehr für die Zukunft sahen. Es ist auch verständlich, daß dann erst ein Rückgriff auf die Vergangenheit, eine Art Restauration früherer Ideale und Ordnungen erfolgte. Aber ebenso sehr ist es verständlich, daß vor allem die junge Generation dem sehr skeptisch gegenübersteht und nach neuen konstruktiven Ideen fragt, für die es sich lohnt, das Leben einzusetzen.

Die Aufgabe eines neuen Europa in einer neuen Welt

Wenn aus den individualistischen Ideen der Neuzeit die Einheit Europas sich in die Vielfalt der souveränen Einzelstaaten aufgelöst hat, kann man ein neues Europa nicht aus den alten Ideen der Neuzeit aufbauen. Wenn in der Wirtschaft der Vergangenheit unser Volk wie alle industrialisierten Völker sich im Klassenkampf der alten liberalen und marxistischen Ideologien zerquält hat, kann man aus der Verewigung dieser Ideen wohl eine neue wirtschaftliche Hochkonjunktur herbeiführen, aber man sollte sich nicht wundern, daß daneben — nein: gerade dadurch! — eine neue Unzufriedenheit aufwächst. Sowohl im politischen Leben der Völker als auch im wirtschaftlichen Leben muß eine neue Idee der mitmenschlichen Gemeinschaft neue Formen entwickeln, die als Mitte zwischen Individualismus und Kollektivismus eine Möglichkeit der Begegnung schaffen. Würde diese Leistung, aus der Not der Spaltung gefordert, zu einem neuen Deutschland inmitten der Völker führen, dann könnte sie zu d e m großen Beitrag für eine allgemeine Völkerfamilie werden. Sie schließt allerdings einen Verzicht nicht nur auf eine politische oder wirtschaftliche Führungsrolle, sondern sogar auch einen Verzicht auf alte Ideale ein.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei ausdrücklich gesagt, daß dieser Verzicht nicht einen Verzicht auf die echten Wahrheits- und Wertgehalte bedeutet, sondern umgekehrt den Weg und die Möglichkeit, diese in die neue Ordnung zu überführen und sie damit zur wahren Geltung zu bringen.

Politisch würde das Verzicht auf die Herrschaftsstellung der abendländischen Großmächte über die ganze Welt bedeuten, der im Antikolonialismus sowieso gefordert ist. Die größere Integration in Idee und Verwirklichung eines Pan-Europa dürfte nicht getragen sein von der Notwendigkeit, sich zu behaupten — ganz zu schweigen von heimlichen Unterstellungen einer Weiterführung von politischen Führungsansprüchen —, sondern müßte von innen her zu dem brüderlichen Miteinander mit ähnlichen Gebilden bereit sein. Das wäre bedeutend mehr als eine UNO. Ein Zweckverband von in sich selb-

ständigen souveränen Staaten ist noch keine echte Gemeinschaft der Völker. Echte Gemeinschaft bedeutet bei der notwendigen Selbständigkeit eine Bindung von innen her in das Miteinander mit den anderen Völkern oder, andersherum gesehen, die Strukturierung einer wahren Völkergemeinschaft durch relative Eigenständigkeit ihrer Glieder.

In einer solchen Völkergemeinschaft wäre naturgemäß ein Umdenken bezüglich machtmäßiger Sicherung gegenüber böswilligen Übergriffen gefordert. Wie wir im innenpolitischen Denken uns daran gewöhnt haben, daß solche Übergriffe nicht mehr durch eine Bewaffnung der einzelnen Menschen oder Menschengruppen, sondern durch die Justiz mit Polizeimacht abgewehrt werden, so müßte hier ein Umdenken von Aufrüstung oder Abrüstung zu einer Umrüstung führen, und zwar nicht in dem Sinne, daß man von den herkömmlichen Waffen zu Atomwaffen übergeht, sondern daß die Selbständigkeit der Wehrmacht eines souveränen Staates in eine Art Polizei der Völkergemeinschaft übergeführt wird. So würde das Hauptargument gegen die Wiedervereinigung, die Angst vor einer machtmäßigen Stärkung der einen oder anderen Seite, entfallen. Freilich müßte diese internationale Polizei so stark sein, daß sie nicht nur das Potential eines Kleinstaates, sondern ebenso das Potential der Großmächte übersteigt, um Übergriffe auch von ihnen wirksam unterbinden zu können. Eine Neutralisierung im üblichen Sinne hätte von innen ihre Bedeutung verloren.

Als vorbereitende Leistung wäre allerdings im wirtschaftlichen Bereich eine echte Sozialreform im Sinne einer Synthese aus Individualismus und Kollektivismus gefordert. Sollte der sogenannte Tag X kommen, an dem Ostdeutschland und Westdeutschland wieder vereinigt werden, so würde eine völlig andersartige Situation gegeben sein als bei der Rückkehr des Saargebietes zu Westdeutschland. Die politische Vereinigung konnte hier verhältnismäßig leicht zu einer wirtschaftlichen Rückgliederung führen, weil im wesentlichen gleichgeartete Wirtschaftsformen anzugliedern sind. Bei einer Wiedervereinigung der Ostzone mit dem Westen dagegen würden zwei völlig andersartige Wirtschaftsformen wie zwei entgegengesetzte Pole zueinander gebracht, die sich von innen her abstoßen.

Hier vor allem ist die Gefahr zu sehen, daß wir im Westen mit dem Hinweis auf die Gewaltmethoden des anderen Extrems das eigentliche Anliegen einer echten Sozialreform übersehen, während die Gegenseite in entsprechender Weise mit Übersteigerungen im Sinne einer eigentlich schon überlebten kapitalistischen Ausbeutung arbeitet. Gewiß sollen wir alles tun, um nicht einer bolschewistischen Vergewaltigung anheimzufallen; aber diese bolschewistische Vergewaltigung der Menschen ist doch — um ein biblisches Bild zu gebrauchen — nichts anderes als der Versuch, den Teufel des westlichen Individualismus mit Beelzebub auszutreiben. Wenn wir nun kräftig gegen Beelzebub schreien, so ist das wichtig und notwendig. Aber es scheint eine Teufelei besonderer Art zu sein, daß der alte Teufel nun die Angst vor dem Kollektiv benutzt, um gesunde Gemeinschaft und die Bestrebungen einer echten Sozialreform verdächtig zu machen.

Als erstes Problem sei die Tatsache genannt, daß sich trotz aller sozialen Leistungen noch keine rechten Ansätze zeigen, einen größeren Teil der Bevölkerung zu einem Anteil am produktiven Eigentum zu bringen. Schon im Jahre 1931 hat Papst Pius XI. in der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno" gefordert: „Mit aller Macht und Anstrengung ist dahin zu arbeiten, daß wenigstens in Zukunft die neugeschaffene Güterfülle nur in einem billigen Verhältnis bei den besitzenden Schichten sich anhäuft, dagegen in breitem Strom der Arbeiterschaft zufließt... Gehe man doch endlich mit Entschiedenheit und ohne weitere Versäumnis an die Ausführung! Täusche sich niemand! Nur um diesen Preis lassen sich öffentliche Ordnung, Ruhe und Frieden der menschlichen Gesellschaft gegen die Mächte des Umsturzes mit Erfolg behaupten!"

Wenn man damit die Berechnungen der Statistik über die von 1950 bis 1955 in der Bundesrepublik neu investierten Werte vergleicht, so wird erschreckend deutlich, was an Versäumnissen aufzuholen wäre. Von dem im Werte von 150 Milliarden DM gebildeten neuen Vermögen sind etwa 10 Milliarden in Haushaltungen und etwa 130 Milliarden in Unternehmungen investiert. Wenn man diese Werte weiter aufschlüsselt, so ergibt sich, daß etwa 60 % dieser neuen Vermögensbildung in die Taschen von etwa 1,5 % der Bevölkerung geflossen sind. Selbst wenn man diesen Prozentsatz auf das Doppelte erhöht, sind diese Zustände als katastrophal zu bezeichnen.

Freilich sind die östlichen Methoden einer Überführung in Volkseigentum, d. h. in Kollektiveigentum, auch keine Lösung. Sie haben aber die Propagandawirkung beim Arbeiter für sich, daß dieser nicht mehr „im Dienste eines kapitalistischen Ausbeuters"

stehe, sondern das ganze Volk selber im „volkseigenen Betrieb" Eigentümer und Nutznießer der industriellen Produktion sei.

Wenn der Arbeitnehmer in seiner Werkzeitschrift liest, daß sich bei der Neubewertung und Neufestsetzung des Grundkapitals einer Holding-Gesellschaft ein Umtauschverhältnis von 1:2,86 für die Aktien der alten Gesellschaft ergab, während er als kleiner Mann bei der Währungsreform im Verhältnis 10:1 umgestellt wurde, ist der Sog zu radikalen Umordnungen und Wahlen zu kommunistischer Betriebsratsmehrheit nicht verwunderlich.

Denken wir weiter an das Problem des Lohnarbeitsverhältnisses und an die Forderung der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno", das Lohnarbeitsverhältnis dem Gesellschaftsvertrag anzugleichen! Der Unterschied besteht darin, daß im Lohnarbeitsverhältnis eine wirtschaftliche Unterordnung des Arbeitnehmers, ein Befehlsempfängerverhältnis gegeben ist, im Gesellschaftsvertrag dagegen die Menschen nebeneinandergestellt sind. In dem ersten wird der Arbeiter nicht als Person, sondern eigentlich nur mit seiner Arbeitskraft Partner. In der Lohnerhöhung bekommt er nur höheres verfügbares Konsumgut, anstatt daß er, personal in das Wirtschaftsgeschehen eingegliedert, am Wirtschaftsgeschehen mitverantwortlich teil hat, damit aber auch an der Bildung neuen produktiven Eigentums beteiligt wird.

Damit hängt wesentlich wieder nicht nur die Frage nach dem rechten Arbeitsethos, sondern auch das Problem des Mitbestimmungsrechtes zusammen. Es ließe sich durchaus eine demokratische Organisation des Betriebes mit leitender Spitze erstellen, in die die einzelnen Glieder organisch eingeordnet sind und auf diese geordnete Weise als Mit-Arbeiter entsprechende Mitverantwortung und Mitbestimmung erhalten.

Denken wir weiter an jene Fragen einer Gesellschaftsreform, wie die großen Interessengruppen, die sogenannten Pressure-Groups, in einen wirklichen demokratischen Aufbau des Volkslebens eingebaut werden könnten und müßten, anstatt Größen privatrechtlicher Natur zu bleiben!

Man wird auch an dem berühmten Tage X ebenso wenig die Bodenreform des Ostens einfach rückgängig machen können, wie man auch umgekehrt nicht die im Westen gebliebene Ordnung dem östlichen Kollektivschema eingliedern kann.

So wären noch viele ungelöste Probleme einer gesunden Ordnung der Mitte zwischen Individualismus und Kollektivismus anzuführen. Man kann soziale und politische Reformen, die im Zuge der Entwicklung notwendig sind, nicht ewig aufschieben. Sonst könnte es geschehen, daß bei einer wirklichen inneren Auseinandersetzung, die ja doch auf die Dauer nicht künstlich verhindert werden kann, dem Sog zu dem anderen Extrem gerade dadurch vorgearbeitet ist, daß aus der Angst, dem Kollektivismus und seiner Vergewaltigung des Menschen zu verfallen, die eigentliche Aufgabe einer wahrhaft sozialen Erneuerung, d. h. einer neuen Ordnung echter Gemeinschaft versäumt wurde.

Umgekehrt würde diese zu einer echten und ehrlichen Vorbereitung der Wiedervereinigung werden können, der man im Vertrauen auf die größere innere Kraft ruhig entgegensehen könnte. Daß die Gegenseite dabei versucht, ihre Ideologie als Heilslehre der übrigen Welt zu bringen, kann man ihr im Grunde noch nicht einmal übelnehmen. Entscheidend wird dann die Tatsache, auf welcher Seite das bessere Ideal steht, und das schon auf unserer Seite als echte Vorbereitung der Wiedervereinigung zu verwirklichen, ist völlig in unsere Entscheidung gestellt, wenn auch in anderen Beziehungen vieles von der Bereitschaft anderer abhängt. Wir können jenes bessere Ideal verwirklichen und vorleben, das auch bei dem anderen falschen, weil extremen, System die heimliche Sehnsucht ist, jenes Ideal echter Gemeinschaft und damit echten Friedens im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben der Menschen untereinander und damit der ganzen Menschheit — jenes Ideal, das aus den tiefen Wurzeln der Völkergemeinschaft als Völkerfamilie vor dem einen Schöpfer und Vater, vor dem alle Menschen Brüder sind, sein Bild und seine Kraft bekommt — jenes Ideal, in dem auch die neuen Riesenkräfte der atomaren Energie nicht mehr zur Gefahr des kollektiven Selbstmordes der Völker, sondern zum friedlichen gemeinsamen Aufbau ab- und umgerüstet werden — jenes Ideal, in dem Wiedervereinigung kommen darf und die Gegnerschaft, ja, die Koexistenz, innerlich überwinden kann.

Ein garstiges Exempel

Daß die polierte Freundlichkeit, die uns Söhnen eines von Natur nicht eben höflichen Volkes in zunehmender Versüßung tagtäglich allüberall entgegengebracht wird, wo wir konsumierend oder wirtschaftsfördernd auftreten oder eines solchen Auftretens für fähig gehalten werden — zuweilen sogar schon von den Behörden —, daß dieses geschulte werbende Nettsein all derer, die etwas von uns wollen, nicht Herzenssache ist, sondern Kommerz, nicht dich und mich als M e n s c h e n meint, sondern als Verbraucher, Wähler, Verkehrsteilnehmer, Konkurrenten oder Interessenten: das ist u n s e r e Form der Diktatur, die schleichende, überzuckerte Diktatur des Geldes, Gegenstück zum immerhin deutlicher erkennbaren östlichen Totalitätsanspruch einer einzigen Partei — so verfeinert schon, daß viele sie nur noch selten empfinden, ja für normal halten.

Gewiß, es gibt Fluchtburgen: die Inseln des Geistes. Aber auch über diese spülen da und dort bereits die Brecher der allgemeinen, teuflischen merkantilen Unruhe hinweg.

Eine zweimal im Monat erscheinende Kulturzeitschrift, die sich nicht ohne Betonung „Deutschlands einzige unabhängige" nennt, hatte sich unter dem bestürzenden Appell der Ereignisse in Ungarn und Ägypten zu einer zunächst imposanten Tat entschlossen: sie verschickte an eine Reihe von Schriftstellern, Künstlern und Gelehrten des In- und Auslandes einen bündigen Text von drei Sätzen, deren jeder mit den Worten „Das geistige Europa . . ." begann („Das geistige Europa erklärt . . . Das geistige Europa protestiert . . . Das geistige Europa verurteilt . . ."). Gut hundert Persönlichkeiten reagierten auf die Erklärung — etliche nur dadurch, daß sie sich hinter sie stellten, andere mit ergänzenden oder interpretierenden Zusätzen, wieder andere mit Einschränkungen, einige mit eitlen, einige mit sentimentalen, einige mit unklaren und einige mit fanfarenartigen Ausrufen. Der vielstimmige Chor, der so zum Thema „Menschenwürde, Freiheit und Frieden" entstand, füllte eine Nummer der Zeitschrift bis zur letzten Zeile aus, und wenn auch der Irrtum, das Problem des Jahrhunderts — die Koexistenz — sei seit dem Eingreifen der Roten Armee in Ungarn erledigt, eine laute Stimme führte, so war doch die Nummer eine eindrucksvolle Demonstration gegen alle Gewalt, nicht zuletzt kraft ihrer ausgesuchten Illustrationen von Daumier, Masereel, Kubin, A. Paul Weber und anderen kritischen Meistern.

Verständlich blieb auch noch, daß die Redaktion dieser außergewöhnlichen Nummer ein Blatt beilegte, auf dem sie die Abonnenten um Anschriften von Freunden und Bekannten bat, denen das Heft dann kostenlos zugeschickt werden sollte, damit die Kundgebung eine breitere Wirkung erfahre. Noch schien alles rein zu sein und um der Sache selbst willen zu geschehen.

Was die solcherart neu erfaßten Adressaten dann aber mit einem Freiexemplar der Glanznummer auf einem zweiten Blatt mitgeteilt bekamen, war nicht mehr rein, und es ging nun auch nicht mehr um die Sache selbst. Dieses zweite Blatt stammte nämlich nicht mehr von der Redaktion, sondern von der V e r t r i e b s a b t e i l u n g; der Geist hatte Breschen geschlagen, nun rückte das Geschäft nach, um die Ausbeute einzuheimsen. Es war ein mittelmäßig gescheit zusammengesetzter, kühler und freundlich-frecher, gewöhnlicher Werbebrief für den Bezug der Zeitschrift, verfaßt von einem flotten Kopf, der sich ebenso gut für den Versand einer angeblich vollkommen neuartigen Zahnpasta hätte mobilisieren lassen. Und zur Appetitanregung lag bei — die einzige bisherige Nummer der Zeitschrift, die man auf gar keinen Fall hätte in den Verdacht bringen dürfen, ein Werbeschlager zu sein.

Dies ist nur ein Exempel, aber Verdruß bereitet's doch. Denn es gibt Lieder der Zeit, so schaurig-ernst, daß wir nach i h r e m Absingen die allgemein gewordene Sitte, hinterher gleich mit dem Klingelbeutel herumzugehen, einmal auslassen müßten — und zwar gerade dann, wenn unser Lied die Gemüter besonders stark aufgeweicht hat. Wie sollen uns die im Osten sonst noch glauben, daß es uns im tiefsten Grunde n i c h t — wie sie immer behaupten — ums Geschäft gehe?

„Das geistige Europa" ist vornehmlich eine Sache des guten geistigen Geschmacks. Und der ist hier wieder einmal verletzt worden. Peinlich sind solche Zwischenfälle vor allem deshalb, weil wir uns so gern das Gewand des Sittenrichters umlegen.

Johannes Weidenheim

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede — das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

1. Brief: *Abgrund ohne Brücke*

Jugenheim (Bergstr.), im Januar 1957

Mein Lieber,

in den Tagen und Monaten und Jahren von 1933/34 ab haben wir uns zeitweise täglich geschrieben und uns sehr oft gesehen. Denn wir hielten es damals für nötig, so zu tun, weil wir glaubten, das Leben unseres ganzen Volkes, nicht nur das eigene, sei in Gefahr. Und es gelang ja auch den politischen Mächten, unser gemeinsames Bemühen zu zerschlagen. Bald ging dieser, bald jener über die Grenze, bald hieß es von diesem oder jenem, bald von Dir und von mir, die Gestapo habe ihn ergriffen, geholt und in Haft geworfen, und so wurden die äußeren Bindungen immer schwieriger, bis sie schließlich ganz im Unsichtbaren verliefen. Doch wenn sie auch unsichtbar geworden waren: um so gewisser waren sie da.

Erst nach 1945 setzte unter den Übriggebliebenen jener unheimliche gegenseitige Verrat ein, mit dem ich mich in diesen Briefen an Dich auseinandersetzen will und auseinandersetzen muß.

Du und ich und mancher andere hatten Jahre in dem Glauben verbracht: überleben wir diese Zeit der Nazi-Diktatur, wird uns das Leben neu gewonnen sein. Wohl wurden uns die besten Mannesjahre des Wirkens geraubt, Dir wie mir — aber man tröstete sich mit dem Wahn, um so gereifter und weltwissender trete man nachher noch einmal ans Werk, zu dem wir geschickt waren. Wer von uns hätte damals geglaubt, daß die Dämonie der Geschichte erst beginnen würde, wenn das „Kz Deutschland" — als das uns in jener Zeit unser „Vaterland" erscheinen mußte — uns „in die Freiheit" entließe!

Ich erinnere mich noch sehr deutlich des Augenblicks, in dem ich zum ersten Male wieder die Luft der Freiheit zu atmen glaubte. Es war an einem Apriltage des Jahres 1945. Mit Leuten, die aus dem Dorfe geflohen waren, hatte ich die erste Hälfte der Nacht in einem Wäldchen verbracht, das über den Häusern am Berghang stand. Dorthin hatten wir Decken und Betten geschleppt. Im Dorf hetzte die SS blutjunge Buben, die man auf Pferden herbeigeholt hatte, Vierzehn- bis Fünfzehnjährige, zu einer letzten Frontbildung. Auf den gegenüberliegenden Höhen waren die riesigen Panzer der Amerikaner aufgetaucht und hatten vor unseren Augen Stellung bezogen, die Rohre gegen unser Dorf gerichtet, dessen Häuser leer standen und wo nur das Vieh in seinen Ställen geblieben war. Gegen Abend brannte im Nachbardorfe, in dem die letzten Kämpfe stattfanden, eine Scheune nieder, und gespensterhaft leuchtete die Lohe in die herabsinkende Nacht. Gegen Mitternacht hörten wir, daß die kleine verlorene Kavalkade der Hitlerjungen davonritt. Das Dorf war leer. Ich hastete gleich meinen Hausgenossen mit Decken und Bettzeug im Arm zurück, und wir verbrachten die Stunden bis zum Morgen auf dem Kartoffelhaufen unseres Kellers.

Im Morgengrauen bereits stand ich, voller Unvernunft, am Dachfenster dieses ersten Hauses, das gegen die Amerikaner hin vorgeschoben war, und lugte nach den Panzern aus. Da kamen sie in der Dämmerung an, gegen unser Haus die Rohre gerichtet! Einen Steinwurf weit vor uns hielten sie an, und dann schlichen ein paar Ami-Soldaten wie Buben, die „Indianerles" spielen, an das Haus heran und „eroberten" es.

Als der erste dieser Amerikaner in die Kammer trat, in der ich stand, sich umblickte und eine für ihn etwas ungewohnte Umgebung sah, und als ich ihn nur stumm, mit einer Geste der Hand, einlud, sich umzuschauen, wie er es ja wollte, mußte ihn etwas, das ich nicht verstand, so berühren, daß er sich vor mir verneigte, als flöße ich ihm Ehrfurcht ein. Er stammelte ein Wort der Entschuldigung und verließ die Kammer.

Da glaubte ich: „Frei —!" Da glaubte ich, das Gehetztsein dieser Jahre, Gestapo, all das Grauen versänke, und ich trat durch die offene Tür: „frei!" Da glaubte ich einen Augenblick lang wirklich, es gebe so etwas wie eine freie Welt.

Welch ein Trugbild! Welch satanischer Mißbrauch dieses Wortes von der freien Welt

erfüllte die nun folgenden Jahre, mein Freund! Es waren Jahre, in denen die Würde des Menschen durch Sieger und Besiegte noch tiefer geschändet wurde als zuvor.

Oder glaubst Du nicht, daß wir jetzt erst recht in eine Welt der Lüge und der Verwesung geraten sind?

Von nun an begann Deutschland sich selber zu zerfleischen. Nun gingen die „Christen" in die Verantwortung. Und wie furchtbar, Christum verhöhnend, wurde ihr Tun!

Sieh, mein Freund: als wir auftauchten aus den Kellern der Verfolgung in der Nazizeit, kannten wir uns nicht mehr. Jetzt begann jener tiefe innere Verwesungszerfall sichtbar zu werden. Jetzt bildeten sich die Klüfte, über die es keine Brücken gab. Jetzt erst zerfiel Deutschland in ein Ost und ein West, und zwischen ihnen war, wie wir sagten, der Eiserne Vorhang, und wie man besser sagen sollte, eine Kluft ohne Brücke. Denn einen Vorhang, auch einen eisernen, kann man hochziehen, aber eine Kluft bleibt.

Ich meine nicht das, was die Siegermächte schufen. Ich meine den inneren deutschen Verrat, die Preisgabe des Bemühens um Frieden, die würdelose Anbiederung an die Sieger, denen man, wie das Volk sagte und sagt, in den Arsch kroch. Ja, wortwörtlich das geschah, und mit ihm die Verhökerung des Reichs, der große Ausverkauf von Sitte und Sauberkeit, der Verrat aus Lieblosigkeit von Westen bis Osten — dort die Hingabe an den Sowjetosten, hier der freiwillige, schlaue, profitliche Weg in das westliche Helotentum — unter „christlicher" Führung!

Die Läden des Westens füllten sich mit Waren, und das „Wunder" des „Aufbaus" begann. Es begann mit der Preisgabe eines Friedensvertrages und mit der Auslieferung an die dämonischen Mächte von Wiederaufrüstung und Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Nicht, wie das Volk, sondern wie der Sieger es wollte! Er nahm uns an sich wie eine Ware, die man auf ihren Nutzwert hin abschätzt und bezahlt. Zehn Jahre nach dem furchtbarsten Kriege ohne Friedensschluß erfolgte der Übergang zum neuen Aufmarsch in eine satanische Welt, erfolgte die Bankrotterklärung jeglicher Politik, die sich nach dem allein auf Frieden und Arbeit gerichteteten Volkswillen orientiert und mit ihm in diesen Zielen übereinstimmt.

Nun komme ich zu Dir. Denn ich bin Dein Wähler.

Du hast ein Mandat, von mir und jenen vielen anderen. Mandat, das ist Auftrag, ist Weisung und Befehl. Wir gaben Dir das Mandat zum Friedensschluß und zur Rettung des Reiches. Beides aber sehen wir, zehn Jahre später, von der Politik verhökert.

Seit zehn Jahren sehen wir, wie Deutschland zerfällt, seine von den Siegern in Fetzen geschlagenen Teile sich nicht mehr suchen, sondern auseinanderstreben, sich in völlig entgegengesetzter Richtung „entwickeln" — das heißt: sich verlieren.

Die Kluft, die sich gebildet hat, schließt sich nicht mehr. Die gespaltenen Erdschollen bewegen sich voneinander weg. Und Du hast das alles besiegelt.

Gib Rechenschaft!

Wir werden, mein Freund, darüber miteinander zu reden haben.

Dr. Ulrich W. Doering

Grundgesetz und Wahlgesetz

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen der sog. 5%-Klausel

Das Bundeswahlgesetz vom 15. März 1956 ist vom Bundestag in Ausführung des Auftrags aus Art. 38 Abs. 3 (sog. Wahlrechtsartikel) des Grundgesetzes verabschiedet worden. Dieser Absatz besagt: „Das Nähere (über die Wahl des Bundestages) bestimmt ein Bundesgesetz." Absatz 1 des Artikels 38 gibt folgende übergeordnete und verbindliche Richtlinien für den Wahlvorgang und ebenso für jedes ihn noch speziell regelnde Bundesgesetz: „Die Abgeordneten des Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes . . ."

Demgegenüber sieht § 6 Abs. 4 des oben erwähnten, dem Artikel 38 Grundgesetzes

untergeordneten Bundeswahlgesetzes vor, daß nur diejenigen Parteien Abgeordnetensitze erhalten, die mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in wenigstens drei Wahlkreisen je einen Sitz auf Erststimmen hin. Zur Erläuterung diene, daß jeder Wähler mit seiner Erststimme in einem Wahlkreis wählt, in dem jeweils nur ein Abgeordneter mit Mehrheit gewählt wird. Die Zweitstimme, die jeder Wähler gleichzeitig hat, dient dazu, in einem größeren Bereiche, einem Land, mittels Verhältniswahl einen oder mehrere Abgeordnete zu wählen, nämlich soviele, wie der Gesamtzahl der dabei für eine Parteiliste abgegebenen Stimmen entspricht. Es mag dahingestellt bleiben, ob dieses aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht gemischte System den verbindlichen, für die Wahl gegebenen Richtlinien der Verfassung entspricht — auch hierauf werden sich nachfolgend noch interessante Seitenblicke ergeben —, relevant ist im Rahmen dieser naturgemäß nur kursorischen Betrachtung in erster Linie die Frage nach der Zulässigkeit des oa. § 6 Abs. 4 Bundeswahlgesetzes, also der 5 %-Klausel, wonach alle Wählerstimmen annulliert werden, sofern sie für eine Partei abgegeben wurden, die im Endergebnis weniger als 5 % der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht oder der es nicht gelingt, in drei Wahlkreisen je einen Sitz mit Mehrheit gegenüber allen anderen, selbst der größten oder den größten Parteien, zu erringen.

Wie aus den Ergebnissen und der Stimmenverteilung der letzten Wahlen sofort ersichtlich wird, ist diese Bedingung für alle kleineren Parteien, die nicht ausnahmsweise eine starke regionale Konzentration (Typ Bayernpartei), sondern eine bundesweite Streuung (Typ Gesamtdeutsche Volkspartei u. a. m.) aufweisen, von vornherein überhaupt nicht zu erfüllen. Selbst für die Bayernpartei ist sie kaum realisierbar. Praktisch gesehen, werden somit alle Wähler mit ihrem Stimmrecht ausgeschlossen, die eine Partei wählen, welche im Enderfolg unter 5 % der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Stimmen bleibt. Daraus aber ergibt sich folgendes:

Alle Zusammenschlüsse von Staatsbürgern, alle Gruppierungen, Richtungen und Einstellungen, alle Volksschichten und Bevölkerungskreise — seien sie rein politischer, weltanschaulicher, gesellschaftlicher, religiöser oder sonstwie beschaffener Art —, die das ihnen nach Art. 20 Grundgesetzes zustehende Recht der Ausübung von Staatsgewalt durch die Wahl von Abgeordneten und durch die Beschickung des Bundestages als Organ der Gesetzgebung ausüben wollen, die jedoch faktisch und statistisch weniger Individuen umfassen, als 5 v.H. des Volksganzen entspricht (und vorausgesetzt, daß der Prozentsatz der Wahlbeteiligung in den verschiedenen Bevölkerungsschichten ungefähr gleich ist), können zwar nach dem Bundeswahlgesetz vom 15. 3. 1956 formal an der Wahl durch Stimmenabgabe teilnehmen — die Stimmen werden auch formal gezählt — — — ihre Stimmen sind aber von vornherein und prinzipiell ohne jede Chance und unwirksam. Infolgedessen kann von einer „Allgemeinheit" des Wahlrechts für alle Staatsbürger und Volkskreise keine Rede mehr sein. Gleichzeitig ist damit für die Wahlstimmen der betreffenden Wähler und Bevölkerungsschichten im Vergleich mit denen anderer (zahlreicherer) Staatsbürger und (umfangreicherer) Volksteile von vornherein auch die zwingend vorgeschriebene Gleichheit des Wahlrechts aufgehoben.

Um es noch schärfer zu formulieren:

Eine Bevölkerungsgruppe oder Volksschicht, ein Kreis oder eine irgendwie geartete Gemeinsamkeit von Menschen — mag sie unter politischen, kulturellen, sozialen oder sonstigen Gesichtspunkten auch noch so wertvoll im Rahmen des Volksganzen und gesamten Staatslebens sein — findet trotzdem grundsätzlich und a priori keine eigene Vertretung in der Volksvertretung, dem Bundestag, sofern sie weniger als ein Zwanzigstel der Bevölkerung ausmacht, ja, was die Sache noch deutlicher macht, vielleicht gerade ihrer Wesensart nach niemals mehr als ein Zwanzigstel umfassen kann! Gerade dieses zuletzt erwähnte Moment macht die krasse Unrechts-Situation besonders augenfällig. Es ist demgegenüber glattweg unrichtig, wenn die Wahlrechtskommission des Bundestages in ihrem Bericht, der sich mehr oder weniger in dem nun vorliegenden Wahlgesetz niedergeschlagen hat, behauptet, die Gleichheit für alle Parteien liege „in der gleichen Chance", sich um die Stimmen der Wähler zu bewerben. Die eine Partei kann eben von Anfang an nur ein potentielles Wählerreservoir von z. B. maximal 3 % ansprechen, während die andere aus einem solchen von beispielsweise maximal 30 % ihre Wahlstimmen zu ziehen vermag. Das ist eine fundamentale Tatsache, die im Gegensatz zu Artikel 38 der Verfassung nicht berücksichtigt wird.

Wenn hier jemand einwenden wollte, daß dann eben solche Gruppierungen und Bevölkerungskreise, die nicht 5 v.H. der Volksgesamtheit erreichen, sich größeren Parteien anschließen müßten, so geht ein solcher Einwand von vornherein am eigentlichen Problem vorbei, und er kann vor Sinn und Wortlaut des Artikels 38 Grundgesetzes nicht bestehen, ganz zu schweigen von anderen Verfassungsbestimmungen, worüber weiter unten noch gesprochen werden soll. Denn es ist das Recht eines jeden Staatsbürgers, unmittelbar einen durch ihn oder von einer ihm nahestehenden Personengruppe aufgestellten Kandidaten mit Aussicht auf Erfolg zu wählen, statt sein Wahlrecht nur in unfreier, mittelbarer Weise zugunsten eines ihm nicht genehmen und einer fremden Partei angehörenden Kandidaten mit Erfolgsaussicht ausüben zu können. Um diese verfassungswidrige, von dem z. Z. gültigen Wahlgesetz geschaffene Situation augenscheinlich zu demonstrieren:

Ein demoskopisches Institut könnte auf Grund einer von ihm durchgeführten Erhebung und Analyse einer solchen minderheitlichen politischen, soziologischen oder sonstigen Bevölkerungsschicht oder Gruppierung, mag sie auch noch so einheitlich sein und sich auch noch so konsequent auf ihr Recht berufen, im Bundestag als der gewählten Volksvertretung vertreten zu sein, unwiderlegbar voraussagen, daß diese Gruppe oder Schicht für alle Zeiten vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht gemäß Art. 38 Grundgesetzes ausgeschlossen bleibt. Besonders bezeichnend ist in diesem Zusammenhange der Fall der dänischen Minderheit in Schleswig. Infolge ihrer statistisch feststehenden geringen Zahl stand ein für allemal fest, daß sie niemals die 5 %-Hürde werde überspringen können. Nun sind aber die „unveräußerlichen Grundrechte des Menschen" nach Art. 1 Abs. 2 und die „allgemeinen Regeln des Völkerrechts", zu denen der Schutz und die adäquate parlamentarische Vertretung völkischer Minderheiten gehören, laut Art. 25 der Verfassung unmittelbarer Bestandteil des Bundesrechts und auch für die Länderverfassungen verbindlich. Um einer Klage vor dem Internationalen Gerichtshof zu entgehen, hat man zugunsten einer fremden, nichtdeutschen Bevölkerungsgruppe die 5 %-Klausel aufheben müssen. Ein sonderbares Schauspiel! Denn mit derselben Klausel werden nach wie vor die zahlreichen, z. T. sogar bedeutend größeren deutschen Bevölkerungskreise, die diesen 5 %-Bruchteil gleichfalls nicht erreichen, an einer wirksamen Ausübung ihres Wahlrechts bis auf den heutigen Tag gehindert.

Es kann und soll hier nicht untersucht werden, was die Begriffe der Allgemeinheit und der Gleichheit gemäß Art. 38 Grundgesetzes in ihren Auswirkungen auf ein verfassungsgemäßes Wahlsystem oder eine verfassungsgemäße Wahlmethode im einzelnen noch weiter bedeuten. Eines jedoch wird bereits klar: daß ein Wahlmodus, der alle Bevölkerungsgruppierungen, -schichten und -kreise oder organisierten Parteien durch die willkürliche Festsetzung einer prozentualen Mindestgröße — mag sie 5 oder 10 oder auch nur 3 % betragen — in bezug auf den Wahleffekt der abgegebenen Stimmen schlechter stellt oder, wie es tatsächlich der Fall ist, sogar ausschließt, ebenso diametral dem Grundsatz der Allgemeinheit widerspricht wie dem Prinzip der Gleichheit der Wahl für alle Staatsbürger bzw. Wahlberechtigten, also dem Art. 38 des Grundgesetzes.

Daneben sei noch auf die Tatsache hingewiesen, daß die 5 %-Klausel auch dem Verfassungs-Artikel 21 zuwiderläuft. Nach ihm müssen politische Parteien die Möglichkeit haben, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Wohl die hauptsächlichste Form eines solchen Mitwirkens durch eine politische Partei ist nun aber gewiß die Umformung der Wahlstimmen gewisser, von ihr vertretener Bevölkerungskreise in Abgeordnetensitze, d. h. in eine entsprechende parlamentarische Vertretung. An dieser verfassungsmäßig garantierten Betätigung werden jedoch durch die Sperrklausel des § 6 Abs. 4 Bundeswahlgesetzes alle Parteien gehindert, die der Zahl nach begrenzte Gruppen des Volkes vertreten oder aus ihnen hervorgehen bzw. mit ihnen identisch sind und ihnen zu einer adäquaten Vertretung im Parlament verhelfen wollen.

Es kann auch kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Annullierung sämtlicher Wählerstimmen, sofern sie als Gruppe unter 5 v.H. der überhaupt abgegebenen Stimmen bleiben, ein Verstoß gegen Art. 3 Grundgesetzes ist. Dieser Artikel führt den Untertitel „Gleichheit und Gleichbehandlung", und sein berühmter Absatz 1 lautet: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Unerfindlich bleibt, wie man den effektiven wahlgesetzlichen Ausschluß jeder Gruppierung oder Parteiung im Volke, sei sie auch staatspolitisch noch so wertvoll oder fortschrittlich, sofern sie nur nicht 5 % des Ganzen beträgt, als „Gleichbehandlung vor dem Gesetz" zu begründen vermag!

Hierzu kommt folgendes:

Merkwürdigerweise untersucht man das Wahlrecht in bezug auf Allgemeinheit und Gleichheit fast ausschließlich vom Standpunkt des Wählers aus. Das ist jedoch nur die eine Seite, die des sog. aktiven Wahlrechts. Das Wahlrecht hat aber noch eine andere Seite, die des passiven Wahlrechts, des Gewähltwerdens. Es ist interessant und vielleicht sogar bezeichnend, daß das Grundgesetz mit seiner Fassung des Artikels 38 das Wahlrecht sogar von dieser passiven Seite her betrachtet. Es konstatiert nicht etwa: „Die Staatsbürger wählen die Abgeordneten in allgemeiner, ... gleicher ... Wahl", sondern es sagt: „Die Abgeordneten werden in allgemeiner, ... gleicher ... Wahl gewählt." Dann muß aber auch vom Standpunkt der sich als künftige Abgeordnete vorstellenden Kandidaten aus gesehen die Wahl allgemein und gleich sein. Das hieße aber, daß jeder Abgeordnete und erst recht jede Partei vom ganzen Volke gewählt zu werden, aus dem gesamten Wahlgebiet Stimmen zu gewinnen und zum Tragen zu bringen die Möglichkeit haben muß. Zweitens hieße es aber auch, daß jeder Kandidat bzw. jede Partei das grundgesetzliche Recht hat, daß alle für ihn (bzw. für sie) abgegebenen Stimmen in gleicher Weise wirksam werden wie die für jeden beliebigen anderen Kandidaten oder jede andere Partei abgegebenen Stimmen. Wird z. B. ein anderer Kandidat mit 50 000 Stimmen gewählt, so muß e r ebenfalls gewählt sein, wenn er 50 000 Stimmen auf sich vereinigt. Daher ist es nach der Fassung des Art. 38 Grundgesetzes sehr zweifelhaft, ob irgendein anderes Wahlrecht als das strenge Verhältniswahlrecht verfassungsmäßig überhaupt zulässig ist. In jedem Falle aber sind derartige, die Prinzipien der Allgemeinheit und der Gleichheit des Wahlrechts in gröblichster Weise beschränkende oder brechende Eingriffe wie die 5 %-Klausel des Wahlgesetzes von 1956 ganz offensichtlich verfassungswidrig.

Wie konnte es überhaupt zu einer derartigen erstaunlichen Bestimmung im Bundeswahlgesetz kommen? Nun, die Motive sind wohl klar genug.

Die selber auf Grund eines ähnlich zweifelhaften Wahlgesetzes mit einer Minderheit von Stimmen zur absoluten Bundestags-Mehrheit gekommene größte Partei, aber auch die zweitgrößte Partei Westdeutschlands haben die offensichtliche Tendenz, die Wahl und damit das aus ihr hervorgehende Parlament im Wege eines Ein- bzw. äußerstenfalls Zweiparteiensystems zu monopolisieren. Wenn man den fast hoffnungslosen Kampf der drittgrößten Partei verfolgt — obschon sie die ältesten und vielleicht wertvollsten demokratischen Traditionen verkörpert —, kann man am Bestehen der skizzierten Tendenz kaum noch zweifeln, geschweige denn, wenn man den Todeskampf der noch kleineren Parteien sieht. Man verbaut dem Wähler den Weg, nach Artikel 20 unserer Verfassung — der den bezeichnenden Untertitel „Demokratisches Prinzip" trägt! — seinen politischen Willen frei zu betätigen und faktisch die Staatsgewalt zu seinem Teile auszuüben. Er wird gezwungen, sich entweder vom politischen Leben auch in der bescheidenen Form der Wahlrechtsausübung hoffnungslos zurückzuziehen, oder aber es sich gefallen zu lassen, daß seine „freie politische Entfaltung" kanalisiert, umgelenkt und im Grunde verfälscht wird. Genau so arg ist, daß die unabdingbare und stetig notwendige Erneuerung des politischen Lebens durch Bildung und Hochkommen neuer Parteien mit jeglicher Art von prozentualer Beschränkung im Keime erstickt wird, da sie alle ja klein anfangen müssen. Auch das politische Leben macht gleich der Natur nur selten oder nie Sprünge!

Bemäntelt hat man die 5 %-Klausel mit verschiedenartigen Gründen, die recht bezeichnend von der Begründung durch die Wahlrechtskommission des Bundestages bereits angegeben werden. Sie stellte als Aufgabe einer Wahl dar:

> „Sie dient der Legitimierung des Parlaments, der Gewinnung einer arbeitsfähigen Volksvertretung, die eine hinreichende Zahl von zur Staatsführung berufenen Politikern enthalten soll; ferner kann mit ihr ein Einfluß auf Zahl und Art der Parteien gewonnen werden, und nicht zuletzt soll sie die Regierungsbildung erleichtern."

Man sollte es einfach nicht für möglich halten! Nach dem klaren Wortlaut und Sinn des Art. 20 Grundgesetzes dient die Wahl dazu, das Prinzip zu realisieren, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Die Gesamtheit des Volkes ist der wahre und alleinige Souverän. Und ausdrücklich heißt es im Artikel 20 weiter: „Sie (die Staatsgewalt) wird vom Volke in Wahlen ... und durch besondere Organe der Gesetzgebung ... ausgeübt." Das, und nichts anderes, ist Gegenstand und Zweck der Wahl! Sie soll einzig den politischen Willen des Volkes, des eigentlichen Souveräns, in seiner Gesamtheit wie in seinen Parteiungen möglichst getreu und unverfälscht auf ein kleineres Gremium übertragen, auf das Organ der Gesetzgebung, den Bundestag.

Die Wahl als solche hat sich nach Art. 38 und unter Beachtung des Artikels 3 Grundgesetzes unter Wahrung der Grundsätze von Allgemeinheit und Gleichheit — und zwar sowohl was das aktive Wählen als auch was das passive Gewähltwerden betrifft — zu vollziehen. Allein dafür hat ein Wahlgesetz, das nicht mehr als eine Wahlordnung sein darf, zu sorgen. Die spätere Zusammensetzung dieses Organs des Volkswillens, eben des Bundestages, die Rücksichten auf seine Fähigkeit zur Bildung einer Regierung, auf die Art und Zahl der in ihm vertretenen Parteien usw. sind nach dem klaren Wortlaut und Sinn des Grundgesetzes in keiner Weise Gegenstand der die Wahl direkt oder indirekt betreffenden Verfassungsartikel 20, 38, 3 und 21. Sie können darum auch nicht Gegenstand einer diese zwingenden Grundgesetzbestimmungen lediglich ausführenden Wahlordnung wie des Bundeswahlgesetzes sein.

Das ist um so weniger angängig, als diese andersartigen Probleme (Arbeitsfähigkeit des Bundestages, seine Fähigkeit zur Regierungsbildung nach der Wahl u. ä. m.) expressis verbis Gegenstand anderer besonderer, hierfür vorgesehener Abschnitte des Grundgesetzes sind, nämlich der Artikel 65, 67 und 68. Sie sichern die politisch allein ausschlaggebende und parlamentarisch nur schwer zu erschütternde Stellung des Bundeskanzlers, sie schreiben das sog. „konstruktive Mißtrauensvotum" vor und behandeln die anderenfalls notwendige Auflösung des Bundestages und sogar die Wahl eines Bundeskanzlers mit nur relativer Mehrheit.

Prof. Hermann Strathmann

Was darüber ist, das ist vom Übel

Zur Aufrüstungspsychose

Durch nichts sind in den letzten Jahren so tiefe politische Gegensätze in unserem Volke aufgerissen worden wie durch die Aufrüstungspolitik des Kanzlers, die er 1952 hinter dem Rücken des Kabinetts eingefädelt hat (das führte bekanntlich zum Rücktritt Heinemanns) und die vor wenigen Monaten, in einer unmittelbar vor den letzten Parlamentsferien mit aller Gewalt noch durchgeführten Nachtsitzung des Bundestages, gesetzlich verankert worden ist — mit Hilfe einer Parlamentsmehrheit, der ganz gewiß keine Volksmehrheit mehr entspricht. Denn daß die große Mehrheit unseres Volkes dieser Aufrüstungspolitik durchaus ablehnend gegenübersteht und sie höchstens als vorläufig ansieht, dürfte nicht zweifelhaft sein. Man versuche es mit einer Volksabstimmung!

Diese Ablehnung aber ist nicht in einer gefühlsmäßigen antimilitaristischen Einstellung begründet, sondern in der mehr oder weniger klaren Erkenntnis, daß es sich dabei um das Ergebnis einer falsch orientierten Gesamtpolitik handelt, die um der einseitigen Bindung an den Westen Europas willen jede Verständigung mit unserem östlichen Nachbarn und damit auch die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich macht. Sie ist aber auch darum verfehlt, weil sie im Falle einer kriegerischen Verwicklung nicht nur Deutschlands, sondern überhaupt des Westens mit den Sowjets uns der Gefahr der völligen Verwüstung, ja, Vernichtung aussetzt. Denn nach der offen ausgesprochenen Ansicht des bisherigen NATO-Generals Gruenther und anderer westlicher Militärs wäre Westdeutschland als das Schlachtfeld ausersehen, auf dem die Entscheidungskämpfe der Gegner stattfinden würden, wobei von Westdeutschland nur eine Mondlandschaft übrigbleiben würde. Die paar bundesrepublikanischen Divisionen würden nicht das geringste daran ändern, sie wären nur das erste Vorfeld-Massenopfer.

Die Wahl als solche hat sich nach Art. 38 und unter Beachtung des Artikels 3 Grundgesetzes unter Wahrung der Grundsätze von Allgemeinheit und Gleichheit — und zwar sowohl was das aktive Wählen als auch was das passive Gewähltwerden betrifft — zu vollziehen. Allein dafür hat ein Wahlgesetz, das nicht mehr als eine Wahlordnung sein darf, zu sorgen. Die spätere Zusammensetzung dieses Organs des Volkswillens, eben des Bundestages, die Rücksichten auf seine Fähigkeit zur Bildung einer Regierung, auf die Art und Zahl der in ihm vertretenen Parteien usw. sind nach dem klaren Wortlaut und Sinn des Grundgesetzes in keiner Weise Gegenstand der die Wahl direkt oder indirekt betreffenden Verfassungsartikel 20, 38, 3 und 21. Sie können darum auch nicht Gegenstand einer diese zwingenden Grundgesetzbestimmungen lediglich ausführenden Wahlordnung wie des Bundeswahlgesetzes sein.

Das ist um so weniger angängig, als diese andersartigen Probleme (Arbeitsfähigkeit des Bundestages, seine Fähigkeit zur Regierungsbildung nach der Wahl u. ä. m.) expressis verbis Gegenstand anderer besonderer, hierfür vorgesehener Abschnitte des Grundgesetzes sind, nämlich der Artikel 65, 67 und 68. Sie sichern die politisch allein ausschlaggebende und parlamentarisch nur schwer zu erschütternde Stellung des Bundeskanzlers, sie schreiben das sog. „konstruktive Mißtrauensvotum" vor und behandeln die anderenfalls notwendige Auflösung des Bundestages und sogar die Wahl eines Bundeskanzlers mit nur relativer Mehrheit.

Prof. Hermann Strathmann

Was darüber ist, das ist vom Übel

Zur Aufrüstungspsychose

Durch nichts sind in den letzten Jahren so tiefe politische Gegensätze in unserem Volke aufgerissen worden wie durch die Aufrüstungspolitik des Kanzlers, die er 1952 hinter dem Rücken des Kabinetts eingefädelt hat (das führte bekanntlich zum Rücktritt Heinemanns) und die vor wenigen Monaten, in einer unmittelbar vor den letzten Parlamentsferien mit aller Gewalt noch durchgeführten Nachtsitzung des Bundestages, gesetzlich verankert worden ist — mit Hilfe einer Parlamentsmehrheit, der ganz gewiß keine Volksmehrheit mehr entspricht. Denn daß die große Mehrheit unseres Volkes dieser Aufrüstungspolitik durchaus ablehnend gegenübersteht und sie höchstens als vorläufig ansieht, dürfte nicht zweifelhaft sein. Man versuche es mit einer Volksabstimmung!

Diese Ablehnung aber ist nicht in einer gefühlsmäßigen antimilitaristischen Einstellung begründet, sondern in der mehr oder weniger klaren Erkenntnis, daß es sich dabei um das Ergebnis einer falsch orientierten Gesamtpolitik handelt, die um der einseitigen Bindung an den Westen Europas willen jede Verständigung mit unserem östlichen Nachbarn und damit auch die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich macht. Sie ist aber auch darum verfehlt, weil sie im Falle einer kriegerischen Verwicklung nicht nur Deutschlands, sondern überhaupt des Westens mit den Sowjets uns der Gefahr der völligen Verwüstung, ja, Vernichtung aussetzt. Denn nach der offen ausgesprochenen Ansicht des bisherigen NATO-Generals Gruenther und anderer westlicher Militärs wäre Westdeutschland als das Schlachtfeld ausersehen, auf dem die Entscheidungskämpfe der Gegner stattfinden würden, wobei von Westdeutschland nur eine Mondlandschaft übrigbleiben würde. Die paar bundesrepublikanischen Divisionen würden nicht das geringste daran ändern, sie wären nur das erste Vorfeld-Massenopfer.

Aber in manchen Köpfen spuken diese Ideen noch immer. Denn in den Weltwirren, die durch die harte Reaktion Rußlands auf den Freiheitskampf der Ungarn einerseits und durch den gewalttätigen Überfall der europäischen Westmächte und Israels auf Ägypten andererseits entstanden sind, zeigt sich der Kanzler ganz von dem einen Gedanken erfüllt, jetzt schleunigst einen Kern einsatzbereiter Truppen aufzustellen, „um Frieden und Freiheit Deutschlands zu retten". Wie einst Wilhelm II. beschwört er Volk und Parlament, jetzt alle Streitfragen und Einzelerwägungen zurückzustellen, um nur diese angeblich unbedingt notwendige Aufgabe durchzuführen. Zu welchem Zweck? Für die Ungarn? Zu unserem Schutz gegen einen russischen Überfall? Das dürfte für beide Fälle etwas zu spät sein, ganz abgesehen davon, daß nicht ersichtlich ist, weshalb die Russen uns überfallen sollten, es sei denn, wir provozierten sie durch unsere Aufrüstung und fortgesetzte Unfreundlichkeiten oder unangebrachte großsprecherische Bemerkungen. In Wirklichkeit scheint der Kanzler nur innenpolitisch zu denken und die Schocksituation ausnutzen zu wollen, um die in jüngster Zeit etwas ins Stocken geratene Aufrüstung neu anzuregen, sich damit bei den westlichen Freunden in gutes Licht zu setzen und die zweifellos höchst bedrohliche Auswirkung dieser Rüstungspolitik auf die kommenden Bundestagswahlen abzuschwächen. Nur diese Absicht, die antirussische Stimmung zu heizen und an solchem Feuer die Aufrüstungssuppe zu kochen, erklärt ja auch den auffälligen Eifer, mit dem die öffentliche Aufmerksamkeit ganz auf die — gewiß höchst bedauerlichen — Vorgänge in Ungarn gelenkt wird, während man über die Vorgänge am Suezkanal möglichst schweigen möchte.

Aber das weltpolitische Sturmzentrum lag und liegt ja gar nicht in Ungarn! So einmütig und heftig Adenauer und sein Kabinett ihre (berechtigte) Empörung über die Vorgänge in Ungarn zum Ausdruck brachten, so konnte und kann doch niemand daran denken, sich Ungarns wegen in einen Krieg zu stürzen oder mit der Anwendung von Raketenwaffen zu drohen. Was also wird geschehen? Gar nichts! Außer papierenen Erklärungen, natürlich. Also jedenfalls nichts Wirksames. Auch eine bereits durchgeführte Wiederbewaffnung Westdeutschlands hätte daran nicht das geringste geändert. Ja, man muß geradezu dankbar sein, daß sie noch nicht vollzogen ist: denn wäre sie es, und würde die UNO etwa auch nach Ungarn sichernde Polizeitruppen senden wollen, so würde gewiß zuerst an uns die Aufforderung zur Beteiligung an einer solchen Aktion ergehen. Würde man sich dem entziehen können (und wollen!) und es so machen, wie Italien es gegenüber Ägypten tut? Wenn aber nicht: würde sich daran nicht allzu leicht ein deutsch-russischer Brand entzünden? Und das Ende wäre gekommen.

Nein — am Suezkanal ging und geht es jetzt um das Schicksal der Welt. Hier geht es um den Weltfrieden. Das Interesse hieran trat bei den in Bonn Regierenden auffällig zurück. Und doch hatten die beiden gewalttätigen westlichen Aggressoren, mit denen Fühlung zu halten dem Kanzler „um der Erhaltung der westlichen Einheit willen" so wichtig war, an dieser Stelle eine „Polizeiaktion" gestartet und einen Brand entfacht, in dessen Glut die Welt zu vergehen drohte, wenn nicht der Russe — man denke: der Russe! — Bulganin in letzter Minute durch seine eisig klare Drohung mit dem Einsatz von Raketenwaffen gegen London die Vernunft gerettet hätte. Wenigstens für vorläufig. Man mag den Russen heftige Vorwürfe machen, mit Recht, wegen ihres Vorgehens in Ungarn — vielleicht wäre es ohne die „Polizeiaktion" am Suezkanal nicht dazu gekommen, wer weiß es? — aber es bleibt ihr Verdienst, im letzten Augenblick den Frieden der Welt gerettet zu haben. Der Versuch einiger Bonner Politiker, auch dem freundlichen Einreden des Kanzlers auf die Pariser Regierung ein wenig Verdienst daran zuzuschreiben, wird kaum irgendwo besonders überzeugend gewirkt haben. Aber Bulganins Raketen haben Eden bleich werden lassen. Die Deutschen sind hieran nur insoweit beteiligt, als sie einmal die Erfinder dieser Geschosse waren, die die Welt vielleicht zu der Einsicht bringen könnten, daß sie sich ohne Krieg behelfen muß. Ob aber Westdeutschland aufgerüstet war oder nicht, war auch in diesem Falle absolut gleichgültig. Ja, möglicherweise hätte sogar ein schon erreichter höherer Stand unserer Wiederbewaffnung die Wirkung der Drohungen Bulganins abgeschwächt. Desto bedeutsamer aber — und für die Wendung zu einer langsamen Entspannung wahrhaft entscheidend — wurde der (unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung in den USA gefaßte) Entschluß Eisenhowers, sich für sein Land vor der UNO von den Aggressoren zu distanzieren und solcherart die Einstellung der Kampfhandlungen am Suezkanal in der Nacht vom 6. zum 7. November buchstäblich in letzter Minute in Übereinstimmung mit der Sowjetunion zu erzwingen. Nun darf man

hoffen, daß sich doch noch eine Verständigung zwischen den beiden großen Weltmächten anbahnt, in deren Händen die letzte Entscheidung auch über uns liegt, es mag uns gefallen oder nicht.

Für eine jetzt weiter voranzutreibende weitere Aufrüstung der Bundesrepublik ist jedoch aus allen diesen Geschehnissen nichts zu gewinnen, gar nichts. Für uns genügt ein kleines Heer aus Berufssoldaten von höchstens 100 000 Mann, das die Sicherheit an den Grenzen wie im Innern verbürgt — was darüber ist, das ist vom Übel! Es gibt wahrlich bessere Verwendungszwecke für die vielen Milliarden, die die Wiederbewaffnung zu verschlingen droht — oder sollte hierzu wirklich schon das letzte Wort gesprochen worden sein?

Dann werden die so vergeudeten Riesensummen sich als ein Fluch für uns alle erweisen.

Dr. Heinz Sitta

Der Westen und die farbigen Völker

I.

Der Europäer, besonders der Deutsche, ist auch heute geneigt, seine Probleme als die eigentlich bedeutsamen Momente des Weltgeschehens zu betrachten. Aus dieser Sicht erscheint dann der Konflikt zwischen West und Ost als das zentrale Geschehen unserer Tage, dem die anderen Ereignisse in der Welt bei- und untergeordnet sind. Man glaubt, „daß überall in der Welt, wo Unruhen entstehen, Moskau seine Hand im Spiele hat" (Bundesminister Strauß), und daß deshalb die Ausschaltung des Bolschewismus als Machtfaktor mit einem Schlage alle Hindernisse einer friedlichen Regelung der schwebenden Probleme beseitigen und die Welt einem friedvollen, glücklichen Dasein zuführen würde.

Solche Anschauungen verkennen das Wesen der umwälzenden Ereignisse, die sich während der letzten Jahrzehnte in der farbigen Welt abgespielt haben und deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Die beiden Weltkriege — und gewiß auch der Sieg des Bolschewismus — haben dort eine Entwicklung nur beschleunigt und verschärft, die auch unter normalen Verhältnissen unausbleiblich gewesen wäre: Völker die bislang als rückständig galten, sind auf dem Wege, politisch und wirtschaftlich mündig zu werden. Sie fordern mit der ganzen Vehemenz, die etwa auch dem Jugendlichen in der Pubertätszeit eigen ist, Anerkennung ihrer Selbständigkeit und Eigenart; sie brauchen „emporbildendes Verstehen" (Eduard Spranger: Psychologie des Jugendalters).

II.

Der Dominikaner Las Casas berichtet aus den Anfangsjahren der spanischen Kolonisation in Mittelamerika, ein indianischer Kazike habe sich geweigert, die Taufe zu empfangen, weil er lieber in die Hölle kommen als im Himmel mit Spaniern zusammenleben wolle. Diese erschütternde Begebenheit ist beispielhaft für die Tragik des Verhältnisses zwischen Weißen und Farbigen. Die Europäer haben andere Rassen unterworfen, sie vermittelten ihnen wertvolle zivilisatorische Güter, aber sie verstanden es nicht, diese Völker innerlich zu gewinnen. Wer „Bruder" sage, müsse zuerst „Vater" sagen, rief Franz Hitze einmal den Sozialdemokraten zu. Es gilt aber auch das Umgekehrte: wer den gemeinsamen Vater predigen will, muß als Bruder auftreten, die frohe Botschaft wirkt nur dann glaubwürdig, wenn sie „in Tat und Wahrheit" vorgelebt wird. „Die Wahrheit nur wird an die Herzen dringen / Und wirken wird das Wort nur, das gelebt" (Reinhold Schneider).

hoffen, daß sich doch noch eine Verständigung zwischen den beiden großen Weltmächten anbahnt, in deren Händen die letzte Entscheidung auch über uns liegt, es mag uns gefallen oder nicht.

Für eine jetzt weiter voranzutreibende weitere Aufrüstung der Bundesrepublik ist jedoch aus allen diesen Geschehnissen nichts zu gewinnen, gar nichts. Für uns genügt ein kleines Heer aus Berufssoldaten von höchstens 100 000 Mann, das die Sicherheit an den Grenzen wie im Innern verbürgt — was darüber ist, das ist vom Übel! Es gibt wahrlich bessere Verwendungszwecke für die vielen Milliarden, die die Wiederbewaffnung zu verschlingen droht — oder sollte hierzu wirklich schon das letzte Wort gesprochen worden sein?

Dann werden die so vergeudeten Riesensummen sich als ein Fluch für uns alle erweisen.

Dr. Heinz Sitta

Der Westen und die farbigen Völker

I.

Der Europäer, besonders der Deutsche, ist auch heute geneigt, seine Probleme als die eigentlich bedeutsamen Momente des Weltgeschehens zu betrachten. Aus dieser Sicht erscheint dann der Konflikt zwischen West und Ost als das zentrale Geschehen unserer Tage, dem die anderen Ereignisse in der Welt bei- und untergeordnet sind. Man glaubt, „daß überall in der Welt, wo Unruhen entstehen, Moskau seine Hand im Spiele hat" (Bundesminister Strauß), und daß deshalb die Ausschaltung des Bolschewismus als Machtfaktor mit einem Schlage alle Hindernisse einer friedlichen Regelung der schwebenden Probleme beseitigen und die Welt einem friedvollen, glücklichen Dasein zuführen würde.

Solche Anschauungen verkennen das Wesen der umwälzenden Ereignisse, die sich während der letzten Jahrzehnte in der farbigen Welt abgespielt haben und deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Die beiden Weltkriege — und gewiß auch der Sieg des Bolschewismus — haben dort eine Entwicklung nur beschleunigt und verschärft, die auch unter normalen Verhältnissen unausbleiblich gewesen wäre: Völker die bislang als rückständig galten, sind auf dem Wege, politisch und wirtschaftlich mündig zu werden. Sie fordern mit der ganzen Vehemenz, die etwa auch dem Jugendlichen in der Pubertätszeit eigen ist, Anerkennung ihrer Selbständigkeit und Eigenart; sie brauchen „emporbildendes Verstehen" (Eduard Spranger: Psychologie des Jugendalters).

II.

Der Dominikaner Las Casas berichtet aus den Anfangsjahren der spanischen Kolonisation in Mittelamerika, ein indianischer Kazike habe sich geweigert, die Taufe zu empfangen, weil er lieber in die Hölle kommen als im Himmel mit Spaniern zusammenleben wolle. Diese erschütternde Begebenheit ist beispielhaft für die Tragik des Verhältnisses zwischen Weißen und Farbigen. Die Europäer haben andere Rassen unterworfen, sie vermittelten ihnen wertvolle zivilisatorische Güter, aber sie verstanden es nicht, diese Völker innerlich zu gewinnen. Wer „Bruder" sage, müsse zuerst „Vater" sagen, rief Franz Hitze einmal den Sozialdemokraten zu. Es gilt aber auch das Umgekehrte: wer den gemeinsamen Vater predigen will, muß als Bruder auftreten, die frohe Botschaft wirkt nur dann glaubwürdig, wenn sie „in Tat und Wahrheit" vorgelebt wird. „Die Wahrheit nur wird an die Herzen dringen / Und wirken wird das Wort nur, das gelebt" (Reinhold Schneider).

III.

Kurz nach der Entdeckung durch die Spanier, zwischen 1508 und 1548, soll die Bevölkerung von Haiti von 60 000 auf etwa 500 zurückgegangen sein. „Nach dem Ende der Kriegszüge, in denen fast alle männlichen Personen umgekommen und nur noch junge Leute, Weiber und Kinder übriggeblieben waren, wurden letztere verteilt unter dem Vorwand, daß die unglücklichen Opfer im katholischen Glauben unterrichtet werden sollten. Die ganze Fürsorge bestand aber lediglich darin, daß die männlichen Personen in die Bergwerke gesteckt wurden, wo fast unerträgliche Arbeiten zu verrichten sind, die Weiber aber mußten die Feldarbeit übernehmen . . . Da ferner Männer und Frauen gänzlich abgesondert ihre schwere Arbeit verrichten mußten, hörte jeder Nachwuchs auf. Die Männer starben in den Goldgruben vor Übermüdung und Hunger, die Frauen auf den Feldern aus denselben Gründen." (Las Casas, „Kurzer Bericht über die Verheerung Westindiens", in: Pleticha, Das Zeitalter der Entdeckungen). Gewiß ist gerade die Tatsache, daß ein spanischer Geistlicher diese Mißstände anklagte, ein Beweis dafür, daß es von Anfang auch Christen gab, die sich selbstlos um das Heil der Eingeborenen bemühten. Aber nicht sie, sondern die, denen es nur um persönliche Bereicherung ging, waren in der Mehrheit und haben daher das Bild bestimmt, das die Farbigen sich von den Weißen machten.

Der soziale Gegensatz, der im vorigen Jahrhundert Europa beunruhigte, droht heute auf einer anderen Ebene mit neuer Schärfe aufzubrechen: zwischen den reichen und den armen Völkern. „Nur 22 % der Weltbevölkerung verfügen über 2700 Kalorien täglich, 12 % über 2200 bis 2700, 66 % über weniger als 2200. Vor dem Krieg waren die entsprechenden Zahlen 24, 27, 49 %" („Außenpolitik", 7. Jahrgang, 1956, Heft 7, S. 459). Der spanische Soziologe Martin Brugarola S. J. spricht vom „Kontrast zwischen den 30 % der Weltbevölkerung, die über 80 % aller Güter dieser Erde verfügen, und den 70 % Menschen, die sich mit 20 % begnügen müssen" (mitgeteilt in „Herder-Korrespondenz", Dezember 1956, S. 151). „Vier Fünftel aller Menschen leben an der Grenze des Hungers" („Herder Korrespondenz", Mai 1956). Dabei wächst das Sozialprodukt in der Welt jährlich schneller als die Bevölkerungszahl. Wenn dennoch die Masse der Hungernden immer größer wird, so liegt das wohl an der Verteilung der erzeugten Güter, von denen allein 43,6 % an Nordamerika, 27,3 % an Europa und 1,5 % an Australien fallen, obwohl der Anteil dieser Kontinente an der Gesamtbevölkerung der Erde nur 9 % (Nordamerika), 16,6 % (Europa) und 0,5 % (Australien) beträgt, während Asien, wo über die Hälfte der Menschheit wohnt (53 %), nur etwas über ein Zehntel (10,5 %) des Sozialprodukts erhält („Herder-Korrespondenz", Mai 1955).

„Während die USA-Regierung einen Überschuß von Agrarprodukten im Wert von 8 Md. Dollar hortet . . . herrscht in weiten Gebieten des Fernen Ostens eine chronische Unterernährung, ja Hungersnot. Dies ist nicht etwa auf den Mangel an Mechanisierung der Landwirtschaft zurückzuführen, denn in diesen übervölkerten Gegenden herrscht ein Überfluß an Arbeitskräften, die viele Monate im Jahr unterbeschäftigt sind. In manchen dieser Länder, wie in Japan, Java, Ägypten, wird der höchste Ertrag je ha Anbaufläche erzielt, aber ein sehr geringer Ertrag je Arbeitskraft. Doch die rechnungsmäßig auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Anbaufläche ist vielfach für die Ernährung ganz ungenügend . . ." (H. Berlitzer, Hunger und Außenpolitik, in „Außenpolitik", a. a. O.).

„In Japan ist der Druck der Bevölkerung von 88 Millionen so groß, daß Professor Kitaoka im Oktober 1955 auf dem Kongreß für Geburtenkontrolle in Tokio sagte, die Nation könne zu einem neuen Krieg gezwungen sein. Er befürwortete freie Verteilung von Mitteln zur Empfängnisverhütung durch den Staat, hohe Steuern für Familien mit mehr als drei Kindern, Abbau der Zoll- und Handelsschranken, Übertragen neuer Anbauflächen in anderen Kontinenten auf Japan . . ." (H. Berlitzer, ebenda; sehr aufschlußreich ist auch der Artikel „Die unterentwickelten Länder und der Westen" in Heft 8, Jahrg. X, Mai 1956, der „Herder-Korrespondenz", S. 376 ff.).

Was muß ein Volk empfinden, wenn ihm von einem Mitglied seiner eigenen geistigen Führungsschicht eine Besteuerung der Kinder vorgeschlagen wird, während anderwärts (in den Vereinigten Staaten) die Farmer Geldprämien für die Verringerung ihrer Anbaufläche erhalten! Gewiß wäre es ungerecht, zu vergessen, was gerade Amerika in den ersten Nachkriegsjahren für die notleidenden Völker getan hat. Aber das droht heute in Vergessenheit zu geraten. Es ist kein Wunder, wenn in der farbigen Welt der Westen auf immer stärkere Ablehnung stößt.

IV.

„Die westliche Welt weiß heute noch nicht recht, wie hart und unmenschlich sie auf alle wirkt, die außerhalb ihrer Grenzen leben." So heißt es in Richard Wrights Buch „Schwarze Macht", das vor einigen Monaten in deutscher Übersetzung erschienen ist (Claassen-Verlag, Hamburg). Der Verfasser, ein Neger aus den Vereinigten Staaten, berichtet über eine Studienreise zur Goldküste. Wright ist ganz vom westlichen Geist geprägt, bekehrter Kommunist und nicht frei von Ressentiments, die seine Einstellung zu den Weißen und besonders zum Christentum bestimmen. Immerhin bleiben seine Urteile, auch wo Korrekturen nötig wären, als Ausdruck einer Haltung wichtig, die doch weitgehend für die farbigen Völker charakteristisch zu sein scheint.

Was den europäischen Leser vielleicht besonders erschüttern wird, ist die völlig negative Beurteilung der christlichen Mission. „Über den Wert des Unterrichtes der Missionare als Hilfsmittel der kolonialen Herrschaft sagte Mr. W. E. G. Sekyi, der Präsident der Gesellschaft zum Schutz der Eingeborenenrechte, wörtlich: ‚Ich vermag mir nicht vorzustellen, was sich der Durchschnittsmissionar dabei dachte, wenn er uns sein weißes Heidentum predigte . . . Ihr Ziel war, unser Vermögen der Selbstverteidigung zunichte zu machen. Wo die Saat der christlichen Lehre hinfiel, wurde der Widerstandswille geschwächt. Und der Missionar dosierte sehr vorsichtig die »frohe Botschaft«, die er uns zu bringen hatte; er ging nie so weit, uns etwas über die konkreten Schritte mitzuteilen, die wir tun konnten, um auf eigenen Beinen zu stehen . . .'" (S. 131). Die Missionare haben „die ganze Lebensphilosophie eines Volkes zerstört, ohne sie durch eine andere zu ersetzen" (S. 145). „Der Missionar will erlösen, und das heißt, sich ein neues Bild von sich selber machen; aber nicht den Afrikaner versucht er zu erlösen; um ihn selber geht es hier . . ." (S. 150). Es muß wohl nicht eigens betont werden, wie sehr Wright hier das Anliegen der christlichen Mission verkennt; aber sollten solche harten Worte nicht auch für uns Anlaß zu einer ersthaften Überlegung sein, ob immer der richtige Weg eingeschlagen wurde, die farbigen Menschen i n n e r l i c h zu gewinnen? „Wenn man in Afrika einen Menschen fragt, ob er Christ ist oder nicht, so bedeutet das nicht das gleiche wie im Westen; man erkundigt sich damit nach der gesellschaftlichen Stellung. Mit moralischen, ethischen oder metaphysischen Gesichtspunkten hat das wenig oder gar nichts zu tun" (S. 154).

Nun droht die Gefahr, daß die Leere, die durch das Zerbrechen der überlieferten Glaubensvorstellungen entstanden ist und von der Mission nicht ausgefüllt werden konnte, vom Kommunismus eingenommen wird. „Man kann tatsächlich mit Sicherheit behaupten, daß die Stärke des Kommunismus auf der Dummheit, auf der moralischen Stupidität und auf den törichten Rassenvorurteilen des Westens beruht und dadurch möglich wird, daß der Westen seine eigenen Ideale und Forderungen fallen gelassen hat" (S. 336). Überaus aufschlußreich ist ein Gespräch, das Wright mit jungen Afrikanern hatte, die vom Studium aus Europa zurückkamen. „Eine unleugbare Tatsache hatte ihre Grundeinstellung geformt: Rußland machte auf die Gemüter dieser Außenseiter unserer Welt einen gewaltigen Eindruck. Vom Standpunkt dieser ‚colonial boys' aus bekam die sowjetische Deutung der Ereignisse einen Sinn. Die erste und unausweichliche Tatsache war die, daß n u r aus Rußland — nicht von den Kirchen oder von den Universitäten der westlichen Welt — eine moralische Verurteilung des ausbeuterischen Kolonialsystems gekommen war. Auf diesem moralischen Kriegsschauplatz, den der Westen in höchster Verlegenheit aufgegeben hatte, waren den Russen folgenschwere ideologische Treffer gelungen. Die erste und wichtigste Überzeugung, die ich bei ihnen vorfand — vielleicht kann man auch von einer Stimmung sprechen — lautete, daß niemand danach streben dürfe, etwas Besonderes oder Individuelles zu sein. Das ist im Grunde natürlich eine antichristliche Überzeugung, auch wenn die etwas verworrenen Jungen das nicht wußten. Die geschichtlichen Ereignisse der letzten vierzig Jahre hatten ihnen das Gefühl eingegeben, einzig die kollektive Form führe in die Zukunft, und das einzig wahre Instrument der Freiheit bildeten organisierte Massen. Kommunismus war das nicht, wohl aber das Resultat der Begegnung mit ihm, nicht die marxistische Ideologie, wohl aber deren Einfluß. Die Methoden der Imperialisten haben es diesen Jungen leicht gemacht, sich der Idee der ‚Massen' zu verschreiben, und die Massen, an die sie denken, sind schwarze Massen . . . Kommunismus a n s i c h wünschen sie nicht, aber sie sind hell begeistert über die moralische Panik, in die Rußland den Westen versetzt hat. Und sie kennen genau das umfangreiche Erfahrungsmaterial über die Technik von Aufständen, Generalstreiks und alle Arten von Aktionen, welche die wirtschaftliche Aktivität imperialistischer Mächte zu lähmen ver-

mögen . . . Ein ziemlich ungestümer junger Mann äußerte sich folgendermaßen über Rußland: ‚Rußland ist eine Bremse! Ich bin nicht für Rußland, aber ich bin auch nicht dagegen! Sollen die Sowjets bleiben, wo sie sind, und dem Westen Schwierigkeiten machen. Warum behandeln die Briten uns jetzt ein bißchen besser? Sie haben Angst, wir könnten zu den Russen übergehen, das ist alles. Wenn Rußland morgen eine Niederlage einstecken müßte, würde in allen Kolonien eine Welle der Reaktion einsetzen. Aber solange der kalte Krieg dauert, ist sogar ein Engländer bereit, mir auf Deck Guten Morgen zu wünschen'" (S. 32 ff.).

V.

Wird die westliche Welt aus solchen Äußerungen die Konsequenzen ziehen? Bislang starren wir wie gebannt nach Moskau; wir überlegen, durch welche militärischen Vorkehrungen wir uns schützen könnten — und wir übersehen dabei, daß die weltweite geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf einer anderen Ebene entschieden werden muß. Der Bolschewismus wäre in der Tat töricht, wenn er einen Weltkrieg riskieren wollte, um das zu erlangen, was ihm eines Tages kampflos zufallen wird, wenn der Westen sich nicht noch im letzten Augenblick zu einer positiven Überwindung der marxistischen Bewegung aufrafft. Vielleicht wäre es noch möglich, in einem Akt der Selbstverleugnung das Versäumnis von Jahrhunderten nachzuholen und auf der Grundlage unserer Geisteshaltung jene Gemeinschaft der Menschen aller Rassen zu schaffen, die der Kommunismus auf seine Art verwirklicht. Sollte es nicht richtig sein, diesen Gebieten die nötige wirtschaftliche Hilfe zu geben? Jeder einzelne sollte seinen Anteil tragen müssen und dadurch innerlich erleben, daß heute die Menschen der ganzen Welt zusammengehören. Unnötig zu sagen, daß für den Christen solche Taten der Liebe selbstverständliches Gebot sind und er in der grundsätzlichen Anerkennung des Ebenbildes Gottes keinen Unterschied der Rasse und Farbe macht, daß ihm auch in diesen leidenden Menschen Christus begegnet und er sich seiner Verantwortung für sie nicht entziehen kann. Aber schon das praktische Interesse, das Gebot der Selbsterhaltung, müßte uns zur brüderlichen Gemeinschaft mit den anderen Völkern zwingen, deren Aufstieg auf die Dauer nicht aufgehalten werden kann. Viele glauben, zum Schutze ihrer Kinder eine Rüstung mit Atomwaffen bejahen zu müssen; denken sie auch an ihre Pflicht, eine Welt zu schaffen, in der die Menschheit von morgen in Eintracht miteinander leben kann?

Die Neigung der modernen Gesellschaft, den Menschen nicht nach unveränderlichen Merkmalen der Herkunft und des Standes zu beurteilen, sondern nach der Arbeit, die er leistet, und das westliche Prinzip der Mehrheitsherrschaft führen folgerichtig zur grundsätzlichen Gleichberechtigung aller Menschen. Wollen wir sie auch tatsächlich anerkennen, solange wir noch Gebende sein können — oder wollen wir warten, bis sie uns von den anderen abgetrotzt wird? Über kurz oder lang werden die letzten Reste des Kolonialismus verschwunden sein. Bringt das Abendland nicht die Kraft zu Verzicht und Ausgleich auf, dann wird es sich selbst überflüssige Leiden schaffen, die anderen Rassen aber für Generationen zur Abneigung gegen die Weißen und zum Bündnis mit jeder feindlichen Bewegung treiben.

Vor allem aber ist das Verhalten vieler westlicher Christen ein Ärgernis, das die Herzen Andersgläubiger dem Christentum verschließt. Was sollen wir sagen, wenn man unseren Glauben nach dem Wirken seiner Bekenner beurteilt, wenn die Bewohner der Atlasländer und die Neger Südafrikas ihn im Lichte der Behandlung sehen, die sie selbst von den Weißen erfahren? Können wir die Annahme der Botschaft von der Bruderliebe verlangen, wenn wir sie nicht verwirklichen? Solange das Abendland sich nicht geistig erneuert hat (und eine solche Erneuerung ist nur durch das Christentum möglich), wird es weiterhin Stück um Stück seiner angemaßten Weltführung verlieren, die nur in Verbindung mit moralischer Macht begründet und gesichert sein könnte. Die Wirksamkeit Indiens als vermittelnder Macht zwischen Ost und West zeigt bereits, wohin das Schwergewicht der Politik sich vielleicht verlagern wird, wenn das Abendland sich damit begnügt, durch seine „Politik der Stärke" nicht anders wie Sowjetrußland eine Atmosphäre der Angst zu schaffen, die den Verhandlungspartner zum Einlenken veranlassen soll, in Wahrheit aber das gegenseitige Mißtrauen nur steigert. „Der Westen wird nach dem beurteilt werden, was in Afrika geschieht", sagt Wright — und wir könnten hinzufügen: nach seiner Einstellung gegenüber den fremden Rassen überhaupt. Das gilt besonders für das Christentum, das in der Welt eine Minderheit darstellt und dessen prozentualer An-

teil infolge des schnelleren Wachstums der Andersgläubigen immer geringer wird. 89 % der Mitglieder der katholischen Kirche leben in Europa und Amerika, nur 6,5 % sind Asiaten, „obwohl in Asien 53 % der Menschheit leben und dieser Erdteil in der kommenden Zeit den bestimmenden Einfluß in der Welt ausüben wird. Nur 2,3—2,5 % der Bevölkerung Asiens sind katholisch" („Herder-Korrespondenz", Dezember 1953, S. 118). Es gilt heute in diese noch unerschlossenen Räume die Botschaft Christi zu tragen, nicht mit irdischen Machtmitteln, sondern im Vertrauen auf die Kraft der Wahrheit, deren Verkündigung „nicht nur eine Darlegung objektiver Wahrheiten" ist, sondern „auf Grund ihres eigentümlichen Wesens grundsätzlich am persönlichen existentiellen Einsatz" hängt (Karl Rahner).

Wirtschaft

Ein schwacher Partner: die Türkei

Über die politische Zuverlässigkeit des türkischen Bundesgenossen gibt es in den Generalbüros von NATO und Bagdadpakt nur eine Stimme: Hervorragend, über jeden Zweifel erhaben, vorbildlich. Erheblich düsterer aber werden die Mienen, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ankaras unter die kritische Lupe gerückt wird — denn dann müssen die Urteile auf der Skala zwischen „ungesund" und „bedrohlich labil" abgelesen werden.

Daß es sich dabei um keine Übertreibung handelt, hat die Türkei erst kürzlich mit der Veröffentlichung ihres Budgetentwurfs für 1956/57 schlagend selbst bewiesen. Er liegt in Einnahmen und Ausgaben um ein rundes Viertel über den Ansätzen des Vorjahres und zeigt gerade mit dieser nominellen Erhöhung von rund 3 auf etwa 4 Milliarden Türkenpfund (TPf) nichts so klar auf wie die reißend fortschreitende Aushöhlung der Währung. Sie findet sich im Schwarzmarktkurs für den Dollar ebenso bestätigt wie in den weiter anziehenden Preisen für Münzgold. Doch obschon die offizielle Relation zwischen TPf und US-Dollar von 2,8 : 1 längst auf das Vierfache und mehr zuungunsten des Türkenpfundes verschoben ist, wehrt sich die Regierung verbissen gegen jeden Plan, der eine Abwertung der Landeswährung zum Ziele hat. Auch darin wird ein offizieller Optimismus bekundet, der in den wirtschaftlichen Gegebenheiten keine reale Stütze findet.

Der skizzierte inflatorische Druck hat mehrere Ursachen. Eine davon ist die weit überdimensionierte Investitionstätigkeit der Industrie. Eine andere beruht in der Tatsache, daß die Landwirtschaft, in welcher der Großgrundbesitz dominiert, seit langem mit Riesensummen subventioniert und von Steuerzahlungen praktisch freigestellt ist, sich dabei aber umfangreicher Preisgarantien erfreut, deren einzelne Positionen erheblich über denen der Weltmarktpreise liegen. Und das alles wird sozusagen konserviert durch ein seit mehreren Monaten gültiges „Gesetz zum Schutz der Nation", das die Privatinitiative auf wirtschaftlichem Gebiet weitgehend ausschaltet und das ökonomische Leben, voran den Handel, weitestgehend zu reglementieren trachtet.

Wie in einem Glashaus sollte sich vom Einfuhrgut bis zum Verkauf an den letzten Verbraucher der Handel abspielen. Zu den Gestehungskosten durfte auf jeder Stufe dieses Weges nur ein bestimmter, öffentlich kenntlich gemachter Zuschlag erhoben werden. Überforderungen des Käufers wurden genau so wie Verkaufsverweigerungen mit schweren Strafen bedroht. Und es war unter diesem Blickwinkel nur konsequent, daß man schließlich auch die Preise der Importwaren amtlich manipulierte. Was man sich amtlicherseits davon erhoffte, war die Auswirkung dieser Preisverbilligung von Einfuhrgütern auf die heimische Produktion, für welche amtliche Höchstpreise festgesetzt wurden. Und das Ergebnis —? Die türkischen Produzenten zogen nicht mit, ihre Erzeugnisse verschwanden von den Märkten, und als sie wieder auftauchten, waren sie teurer als je zuvor, indes das Angebot an Einfuhrgütern geringer als jemals war und ist. Aber man scheut sich in Ankara, genau wie bei der Währungsreform, den harten Tatsachen Rechnung zu tragen.

Bei der skizzierten Labilität des inner-

teil infolge des schnelleren Wachstums der Andersgläubigen immer geringer wird. 89 % der Mitglieder der katholischen Kirche leben in Europa und Amerika, nur 6,5 % sind Asiaten, „obwohl in Asien 53 % der Menschheit leben und dieser Erdteil in der kommenden Zeit den bestimmenden Einfluß in der Welt ausüben wird. Nur 2,3—2,5 % der Bevölkerung Asiens sind katholisch" („Herder-Korrespondenz", Dezember 1953, S. 118). Es gilt heute in diese noch unerschlossenen Räume die Botschaft Christi zu tragen, nicht mit irdischen Machtmitteln, sondern im Vertrauen auf die Kraft der Wahrheit, deren Verkündigung „nicht nur eine Darlegung objektiver Wahrheiten" ist, sondern „auf Grund ihres eigentümlichen Wesens grundsätzlich am persönlichen existentiellen Einsatz" hängt (Karl Rahner).

Wirtschaft

Ein schwacher Partner: die Türkei

Über die politische Zuverlässigkeit des türkischen Bundesgenossen gibt es in den Generalbüros von NATO und Bagdadpakt nur eine Stimme: Hervorragend, über jeden Zweifel erhaben, vorbildlich. Erheblich düsterer aber werden die Mienen, wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ankaras unter die kritische Lupe gerückt wird — denn dann müssen die Urteile auf der Skala zwischen „ungesund" und „bedrohlich labil" abgelesen werden.

Daß es sich dabei um keine Übertreibung handelt, hat die Türkei erst kürzlich mit der Veröffentlichung ihres Budgetentwurfs für 1956/57 schlagend selbst bewiesen. Er liegt in Einnahmen und Ausgaben um ein rundes Viertel über den Ansätzen des Vorjahres und zeigt gerade mit dieser nominellen Erhöhung von rund 3 auf etwa 4 Milliarden Türkenpfund (TPf) nichts so klar auf wie die reißend fortschreitende Aushöhlung der Währung. Sie findet sich im Schwarzmarktkurs für den Dollar ebenso bestätigt wie in den weiter anziehenden Preisen für Münzgold. Doch obschon die offizielle Relation zwischen TPf und US-Dollar von 2,8 : 1 längst auf das Vierfache und mehr zuungunsten des Türkenpfundes verschoben ist, wehrt sich die Regierung verbissen gegen jeden Plan, der eine Abwertung der Landeswährung zum Ziele hat. Auch darin wird ein offizieller Optimismus bekundet, der in den wirtschaftlichen Gegebenheiten keine reale Stütze findet.

Der skizzierte inflatorische Druck hat mehrere Ursachen. Eine davon ist die weit überdimensionierte Investitionstätigkeit der Industrie. Eine andere beruht in der Tatsache, daß die Landwirtschaft, in welcher der Großgrundbesitz dominiert, seit langem mit Riesensummen subventioniert und von Steuerzahlungen praktisch freigestellt ist, sich dabei aber umfangreicher Preisgarantien erfreut, deren einzelne Positionen erheblich über denen der Weltmarktpreise liegen. Und das alles wird sozusagen konserviert durch ein seit mehreren Monaten gültiges „Gesetz zum Schutz der Nation", das die Privatinitiative auf wirtschaftlichem Gebiet weitgehend ausschaltet und das ökonomische Leben, voran den Handel, weitestgehend zu reglementieren trachtet.

Wie in einem Glashaus sollte sich vom Einfuhrgut bis zum Verkauf an den letzten Verbraucher der Handel abspielen. Zu den Gestehungskosten durfte auf jeder Stufe dieses Weges nur ein bestimmter, öffentlich kenntlich gemachter Zuschlag erhoben werden. Überforderungen des Käufers wurden genau so wie Verkaufsverweigerungen mit schweren Strafen bedroht. Und es war unter diesem Blickwinkel nur konsequent, daß man schließlich auch die Preise der Importwaren amtlich manipulierte. Was man sich amtlicherseits davon erhoffte, war die Auswirkung dieser Preisverbilligung von Einfuhrgütern auf die heimische Produktion, für welche amtliche Höchstpreise festgesetzt wurden. Und das Ergebnis —? Die türkischen Produzenten zogen nicht mit, ihre Erzeugnisse verschwanden von den Märkten, und als sie wieder auftauchten, waren sie teurer als je zuvor, indes das Angebot an Einfuhrgütern geringer als jemals war und ist. Aber man scheut sich in Ankara, genau wie bei der Währungsreform, den harten Tatsachen Rechnung zu tragen.

Bei der skizzierten Labilität des inner-

türkischen Preis- und Marktgefüges läßt sich unschwer prophezeien, daß es mit dem Außenhandel nicht gerade gut aussieht. Und in der Tat ist es so. Ausschlaggebend ist auch hier die Unsicherheit der Währung, die Inflation von Staatskrediten und der überhohe Geldumlauf. 2,5 Mrd. TPf sind eine durch nichts gerechtfertigte Überdimensionierung des ausgegebenen Zahlungsmittelbestandes, und sie wirkt in Verbindung mit der Kreditinflation — seit 1950 hat die Landwirtschaft rd. 1,3 Milliarden, die übrige Wirtschaft, voran die Industrie, fast 5 Milliarden TPf Staats- usw. -kredite erhalten! — im Sinne einer ständigen Verteuerung der Ausfuhrwaren. Dabei könnte einzig eine sorgliche Pflege des Exports dazu beitragen, die türkische Verschuldung im Auslande abzubauen, vor allem gegenüber den Ländern der Europäischen Zahlungsunion (mit den meisten anderen wird bilateral abgerechnet, recht und schlecht).

Nun wird von der Regierung mit einem gewissen Stolz darauf hingewiesen, es sei neuerdings gelungen, das Außenhandelsdefizit fühlbar zu verringern. Gewiß, für die ersten neun Monate des Jahres 1956 lag die Einfuhr (898 Mill. TPf) nur noch 286,4 Mill. TPf höher als die Ausfuhr (611,6 Mill. TPf) und nicht mehr um volle 516 Millionen, wie in der Vergleichszeit von 1955. Aber diese Verringerung des Defizits ist durch eine drastische Drosselung der Importe und einen oftmals nur noch würgend zu nennenden Warenmangel im Lande erkauft worden, nicht mit vermehrten Exporten. Und so dreht man sich wie in einem Teufelskreis: weil die Türkei gegenüber den EZU-Wirtschaften verschuldet ist; fehlen z. B. Ersatzteile für Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen, und dieser Mangel hindert nicht nur die so dringend nötige Ausweitung der agrarischen Erzeugung, sondern selbst das Beibehalten ihres gegenwärtigen Standes, was etwa im zentralen Weizengebiet von Konya schon zu starken Preissteigerungen für Zugtiere geführt hat. Genau so im industriellen Sektor, wo die so erwünschte Steigerung der Chromgewinnung durch fehlende Importe von Maschinenteilen, von Dynamit und Schweröl unmöglich gemacht wird.

Angesichts dieser Situation wird der amtlicherseits zur Schau getragene Optimismus auch in Wirtschaftsfragen mehr als fragwürdig, selbst wenn man gewisse Erfolge im Bereich der Industrie- und Verkehrsverbesserung nach Gebühr bewertet. Vom großen Wasserkraftwerk Sariyar am Sakarya laufen Stromschienen nach Ankara und Istanbul, und die Staatswerke von Kirikkale werden demnächst angeschlossen werden. Das Stauwerk am Ceyhan arbeitet mit den ersten Maschinensätzen und beliefert Adana samt Umgebung mit Strom. Für den Bau von Zuckerfabriken ist der Plan erfüllt worden. Aber die Mehrzahl solcher und ähnlicher Investitionen ist nicht auf die Erschließung natürlicher Hilfsquellen oder die effektive Vermehrung des Sozialprodukts gerichtet, und zudem fehlt es an einer umfassenden und wirklich durchdachten Planung: manche neue Fabrik arbeitet nur mit einem Viertel ihrer Kapazität, weil einzuführende Rohstoffe fehlen, andere — so etwa die Zementwerke — leiden an chronischer Überproduktion, und ihre Erzeugung muß, wegen der staatlichen Garantien, schließlich zu Verlustpreisen auf dem Weltmarkt verschleudert werden.

Warum ist man in Ankara so optimistisch? Wegen des, wie man sagt, im Dezember unterzeichneten Vorvertrages mit Krupp über den Bau einer Anlage, die die 10 Mill. t Wolframerz des Uludag bei Brussa abbauen und zunächst jährlich 1880 t Wolframkonzentrat liefern soll? Wegen der ostanatolischen Bahnbauten in Richtung Wan-See und iranische Grenze? Wegen der Aussichten auf Umleitung des bisher über Syrien geführten Pipeline-Systems vom Irak nach Iskanderun (Alexandrette) und auf Errichtung einer neuen Ölleitung von Kum (nördlich Teheran) nach diesem Mittelmeerhafen?

Wir wissen es nicht. Uns scheint nur, als ob die forcierte Gewinnung eines kriegswirtschaftlich so bedeutsamen Metalls wie Wolfram, der Bau von strategisch wichtigen Bahnlinien und die Planung von Ölleitungen im Wetterwinkel zwischen Iran, Irak und Türkei zuviele politische Hypotheken trage, um uneingeschränkt als wirtschaftlicher Pluspunkt gewertet werden zu können. Man könnte sich unschwer andere ökonomische Aufgaben vorstellen, die für die türkische Regierung zum Besten ihres Landes noch weit dringender wären. Gr. Argyopoulos, Istanbul

Berichte und Briefe aus dem Ausland

Jordanien auf neuen Wegen

In der gegenwärtigen letzten Phase des Kolonialismus alten Stils wird der 23. Oktober 1956 keine geringe Rolle spielen. An diesem Tage hat ein kleiner, aber wichtiger arabischer Staat, nämlich das nur wenig mehr als eine Million Einwohner zählende Jordanien, durch freie und demokratische Wahlen seinen festen Willen bekundet, nicht länger am westlichen Gängelband marschieren zu wollen. Das neue Parlament in Amman verfügt über eine sichere Mehrheit von Abgeordneten, die gegen den Bagdadpakt sind und für eine Politik, die gesamtarabisch ausgerichtet ist.

Von den 40 Volksbeauftragten ist die Hälfte im ehemaligen Emirat Jordanien (östlich des Jordan) gewählt worden, die andere Hälfte in den Landesteilen westlich dieses Stromes. Nur noch 9 dieser 40 Männer sind Gefolgsleute des alten prowestlichen Kurses, nämlich der einzige Abgeordnete der Islamischen Befreiungspartei und die 8 (vorher 17!) Mandatsträger der Arabischen Verfassungspartei. Ihnen gegenüber stehen die 9 Vertreter der Nationalen Sozialistischen Partei, 3 der (die Kommunisten einbeziehenden) Nationalen Front, 2 der Baath (Partei der arabischen Wiedergeburt, sozialistisch), 2 der Arabischen Partei (ihr Führer ist der bekannte Großmufti von Jerusalem, Hadsch Amin el-Husseini) und 4 von anderen kleinen Gruppen sowie 11 Unabhängige.

Fast alle Angehörigen dieser Mehrheit haben ihren Wahlkampf unter der Devise „Weg mit dem Bagdad-Pakt!" geführt. Dazu verlangen sie die Abschaffung des Vertrages mit Großbritannien, der den Engländern weitgehende Kontrollbefugnisse über Jordanien gewährleistet, und eine klare Unterstützung der Politik Ägyptens, Syriens und Saudiarabiens, also derjenigen arabischen Staaten, die nach den in Bandung aufgestellten Richtlinien alle Beziehungen zur außerarabischen Welt auf absoluter Gleichberechtigung, gegenseitigen Interessen und Ablehnung jeglicher Diskriminierung ordnen wollen. Wie auch in anderen Ländern arabischer Zunge, gibt es jetzt in Jordanien starke Kräfte, die eine eindeutige Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager unter Führung der UdSSR anstreben, sie finden sich im Parlament von Amman vor allem durch Nationale Front, Arabische Partei, Baath und einen Teil der Unabhängigen vertreten. Aber auch für sie sind Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung Jordaniens unabdingbare Voraussetzungen jeglicher Außenpolitik.

Die Oktoberwahl hat einen gewissen Schlußpunkt hinter die Entwicklung gesetzt, die mit den Straßenkämpfen in der Hauptstadt 1955 begann. Damals hatte der britische General Templer als Kommandeur der englischen Einheiten den Anstoß zur Ersetzung der Regierung Said el-Mufti durch das Kabinett Hazzaa el-Madschali gegeben, das Jordanien den Bagdadpakt unterzeichnen ließ. Hiergegen empörten sich große Teile der Bevölkerung, und Templers Bemühungen scheiterten. Es folgte die Enthebung des englischen Generals Glubb(-Pascha) vom Kommando der Arabischen Legion und damit praktisch der jordanischen Armee. Sein Sturz, und mit ihm der von weiteren 10 oder 12 einflußreichen britischen Offizieren, ging auf einen Entschluß König Husseins zurück: der Monarch erschien in einer Kabinettssitzung und forderte die sofortige Entlassung Glubbs — wenige Stunden später wurde der General unter scharfer Bewachung des Landes verwiesen.

Brennpunkt des Wahlkampfes war verständlicherweise Amman. Es hat beträchtliches Aufsehen erregt, daß in der Hauptstadt die Stimmenzahl und die Erfolge der antiwestlichen Kandidaten hinter den allgemeinen Erwartungen zurückblieben. Es dürfte sicher sein, daß Sulaiman Nabulsi als Führer der Nationalen Sozialisten und Dr. Abderrahman Schukeir, der Chef der Nationalen Front, auch hier gesiegt hätten, wenn zwei schwere Fehler vermieden worden wären. Beide bekannten sich in ihren Reden als Republikaner, und beide brachten es nicht fertig, mit der Baath und anderen Gruppen von grundsätzlicher Übereinstimmung zu besserer Zusammenarbeit zu gelangen. So konnten mehrere, sonst sichere Parlamentssitze nicht gewonnen werden. Immerhin haben ausländische, auch westliche Beobachter der Wahl es als sehr bezeichnend hervorgehoben, daß ausgerechnet in der Hauptstadt Amman die

Bekanntgabe der Wahlergebnisse erst 12 Stunden später als im ganzen übrigen Lande erfolgte, und manches spricht dafür, daß bei der Auszählung der Stimmen gewisse Fälschungen und Schiebungen vorgekommen sind.

Nun, über die Volksstimmung gibt es keinen Zweifel, wenn es um den künftigen außenpolitischen Kurs des Landes geht. Nicht ein einziger Wahlredner oder Kandidat der prowestlichen Parteien hat es vor dem 23. Oktober gewagt, etwa die Beibehaltung des jordanisch-britischen Vertrages zu befürworten! Der vom Volk gestürzte frühere Regierungschef Hazzaa el-Madschali hat nicht den Mut aufgebracht, selbst zu kandidieren, weil er wußte, daß er als Unterzeichner des Bagdadpaktes nicht die geringste Chance besaß, gewählt zu werden. Vielmehr schob er einen Verwandten vor, der politisch mit ihm übereinstimmt und auch für die Zukunft eine Anlehnung an den Westen vertritt. Als dieser Strohmann durchschaut war, erhielt er kaum 100 Stimmen in seinem Wahlkreis, der siegreiche Gegner, der gegen die Paktpolitik auftrat, aber Tausende und damit den Sitz im Parlament.

Versucht man, zusammenfassend zu sagen, welchen Kurs die neue Volksvertretung befürwortet, so gibt es nur eine überhaupt mögliche Antwort. Jordanien soll die vertraglichen oder machtmäßigen Einflüsse des Westens abschütteln. Jordanien soll sich gegen die Militärallianz des Bagdadpakts stellen, die heute noch den Irak einbezieht und vor allem Syrien bedroht. Jordanien soll alles tun, was zu einer Einheitsfront der arabischen Staaten führt, sie gegen die Bedrohung durch Israel schützt und stärkt, die Beziehungen auch zu den nichtarabischen Ländern der Bandungfront fördert.

Hierin ist der Wille des Volkes deutlich und unmißverständlich zum Ausdruck gekommen. Ihm wird sich auf die Dauer niemand entziehen können, nicht einmal der König oder jemand, der sich auf den Monarchen beruft.

Ibrahim Alloush, Beirut

Israel und die internationale Öl-Politik

Aus nordamerikanischer Quelle wurde unlängst eine Wirtschaftsnotiz lanciert, Israel werde in etwa 10 Jahren seinen Rohölbedarf aus eigener Produktion decken können, zu einem Drittel allein aus dem Heletz-Ölfeld. Diese Nachricht ist von hiesigen Blättern kommentarlos wiedergegeben worden, obschon sie bei allen Sachkennern nur Erstaunen und Kopfschütteln hervorrufen konnte.

Ich habe mir die Mühe gemacht, den Dingen auf den Grund zu gehen, und da ergibt sich doch ein wesentlich anderes Bild — aber auch ein sehr bemerkenswerter Zusammenhang.

Jene Meldung entstand, natürlich „ganz zufällig", zur gleichen Zeit, als die an Bohrung und Förderung von Öl auf dem Heletz-Felde interessierten Gruppen — — sich um die Zulassung ihrer Aktien an der Börse von New York bemühten! In Wirklichkeit hat Israel bis in den Oktober v. J. hinein ganze 12 000 t Öl gefördert, während sein z i v i l e r Bedarf jährlich etwa 1,4 Mill. t beträgt, also mehr als das Hundertfache. Diese gewaltige Spanne dürfte kaum in zehn Jahren auszugleichen sein, weder durch die Unterwasserbohrungen am Strande von Askalon noch durch die Erschließung anderer Ölfelder im Norden oder im äußersten Süden am Toten Meer und zwischen Tel-Aviv und Haifa. Die Ölsuche auf israelischem Boden hat überhaupt erst 1953 ernsthaft begonnen, bis zum Herbst v. J. sind 27 Tiefbohrungen niedergebracht und zur Hälfte als unproduktiv wieder aufgegeben worden, was zwischen 12 und 13 Mill. Dollar und ebensoviel israelische Pfunde gekostet hat. Was nun Heletz angeht, so fördern dort gegenwärtig 5 Brun-

Bekanntgabe der Wahlergebnisse erst 12 Stunden später als im ganzen übrigen Lande erfolgte, und manches spricht dafür, daß bei der Auszählung der Stimmen gewisse Fälschungen und Schiebungen vorgekommen sind.

Nun, über die Volksstimmung gibt es keinen Zweifel, wenn es um den künftigen außenpolitischen Kurs des Landes geht. Nicht ein einziger Wahlredner oder Kandidat der prowestlichen Parteien hat es vor dem 23. Oktober gewagt, etwa die Beibehaltung des jordanisch-britischen Vertrages zu befürworten! Der vom Volk gestürzte frühere Regierungschef Hazzaa el-Madschali hat nicht den Mut aufgebracht, selbst zu kandidieren, weil er wußte, daß er als Unterzeichner des Bagdadpaktes nicht die geringste Chance besaß, gewählt zu werden. Vielmehr schob er einen Verwandten vor, der politisch mit ihm übereinstimmt und auch für die Zukunft eine Anlehnung an den Westen vertritt. Als dieser Strohmann durchschaut war, erhielt er kaum 100 Stimmen in seinem Wahlkreis, der siegreiche Gegner, der gegen die Paktpolitik auftrat, aber Tausende und damit den Sitz im Parlament.

Versucht man, zusammenfassend zu sagen, welchen Kurs die neue Volksvertretung befürwortet, so gibt es nur eine überhaupt mögliche Antwort. Jordanien soll die vertraglichen oder machtmäßigen Einflüsse des Westens abschütteln. Jordanien soll sich gegen die Militärallianz des Bagdadpakts stellen, die heute noch den Irak einbezieht und vor allem Syrien bedroht. Jordanien soll alles tun, was zu einer Einheitsfront der arabischen Staaten führt, sie gegen die Bedrohung durch Israel schützt und stärkt, die Beziehungen auch zu den nichtarabischen Ländern der Bandungfront fördert.

Hierin ist der Wille des Volkes deutlich und unmißverständlich zum Ausdruck gekommen. Ihm wird sich auf die Dauer niemand entziehen können, nicht einmal der König oder jemand, der sich auf den Monarchen beruft.

Ibrahim Alloush, Beirut

Israel und die internationale Öl-Politik

Aus nordamerikanischer Quelle wurde unlängst eine Wirtschaftsnotiz lanciert, Israel werde in etwa 10 Jahren seinen Rohölbedarf aus eigener Produktion decken können, zu einem Drittel allein aus dem Heletz-Ölfeld. Diese Nachricht ist von hiesigen Blättern kommentarlos wiedergegeben worden, obschon sie bei allen Sachkennern nur Erstaunen und Kopfschütteln hervorrufen konnte.

Ich habe mir die Mühe gemacht, den Dingen auf den Grund zu gehen, und da ergibt sich doch ein wesentlich anderes Bild — aber auch ein sehr bemerkenswerter Zusammenhang.

Jene Meldung entstand, natürlich „ganz zufällig", zur gleichen Zeit, als die an Bohrung und Förderung von Öl auf dem Heletz-Felde interessierten Gruppen — — sich um die Zulassung ihrer Aktien an der Börse von New York bemühten! In Wirklichkeit hat Israel bis in den Oktober v. J. hinein ganze 12 000 t Öl gefördert, während sein z i v i l e r Bedarf jährlich etwa 1,4 Mill. t beträgt, also mehr als das Hundertfache. Diese gewaltige Spanne dürfte kaum in zehn Jahren auszugleichen sein, weder durch die Unterwasserbohrungen am Strande von Askalon noch durch die Erschließung anderer Ölfelder im Norden oder im äußersten Süden am Toten Meer und zwischen Tel-Aviv und Haifa. Die Ölsuche auf israelischem Boden hat überhaupt erst 1953 ernsthaft begonnen, bis zum Herbst v. J. sind 27 Tiefbohrungen niedergebracht und zur Hälfte als unproduktiv wieder aufgegeben worden, was zwischen 12 und 13 Mill. Dollar und ebensoviel israelische Pfunde gekostet hat. Was nun Heletz angeht, so fördern dort gegenwärtig 5 Brun-

nen täglich 100 t Öl, was erhoffen läßt, die jährliche Ausbeute aus diesem Felde bei rd. 35 000 t halten und vielleicht sogar noch etwas steigern zu können, wenn die neuen 13 Bohrungen dort fündig werden. Die hier dominierende Ölgesellschaft Lapidoth sowie die sie stützende USA-Gruppe Miami haben also noch gute Weile, bis Israels Ölautarkie Wirklichkeit werden kann. Und trotzdem spielt Israel heute eine größere Rolle als je zuvor in den Planungen der internationalen Ölwirtschaft, wenn auch ganz und gar nicht unter dem Aspekt der eigenen Produktion, sondern für den Bau von Pipelines zur Umgehung des Suezkanals.

Mit entsprechenden Projekten befaßte sich schon vor dem Ausbruch des Konfliktes um den Kanal — ganz zufällig, nicht wahr? — besonders der französische Staatssekretär für Handel und Industrie, Maurice Lemaire, und auf seine Veranlassung hin die Regierung in Paris. Nach einer unwidersprochen gebliebenen Reuter-Meldung vom Ende September erwog das französische Kabinett den Plan, zwischen Akaba am Roten Meer und Haifa eine Ölleitung für den Durchsatz von 20 Mill. t jährlich zu schaffen. Diese Erwägungen hat der ehemalige israelische Außenminister Sharett auf seiner Ostasienreise bestätigt, am stärksten unterstrichen aber wurden sie durch Verhandlungen, die J. Kuzelow, der Leiter der Brennstoffadministration Israels, anschließend in Paris, London und New York führte und die das internationale Ölkapital interessieren sollten. Und aus Kreisen, die unserem Außenministerium in Jerusalem nahestehen, verlautete sehr bestimmt, die Regierungen der Westmächte hätten große Ölgesellschaften prinzipiell für diesen Plan gewonnen, „um sich in gewissem Maße vom Suez-Kanal unabhängig zu machen".

Das alles ereignete sich, bevor der Krieg auf der Sinai-Halbinsel und am Kanal offen ausbrach.

Heute nun liegen bei der Regierung Israels drei Alternativpläne vor:

a) für eine Leitung von 26 Zoll Durchmesser, für einen Jahres-Durchsatz von 12 Mill. t, die mit einem Kostenaufwand von 20 Mill. Pfund Sterling gebaut werden könnte,

b) für eine Leitung von 22 Zoll — 8 Mill. t Öl — 15 Mill. Pfund, und

c) für eine Leitung von 16 Zoll — 5 Mill. t Öl — 12 Mill. Pfund.

Technische Schwierigkeiten würde keine Pipeline bieten, die 420—450 km könnten in etwa Jahresfrist miteinander den Hafen Akaba und die Raffinerie Haifa, also Rotes und Mittelländisches Meer, verbinden ... sobald gewisse politische Bedenken ausgeräumt wären. Sie bestehen darin, daß die Zufahrt der Tanker nach Akaba dicht unter einigen ägyptischen Inseln im Golf von Akaba erfolgen müßte.

Und damit würde die Forderung unserer Regierung verständlich, die sie erhob, als die Weltöffentlichkeit ein Ende der Kampfhandlungen erzwang: diese Inseln vor Akaba müßten israelisch werden und bleiben.

Wie es um die Realisierung dieses Projektes im Augenblick steht, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen: auch unsere Regierungsbeamten verstehen es gut, sich auf Amtsgeheimnisse u. ä. m. zu berufen, wenn sie keine Erklärungen abzugeben wünschen! Dem Vernehmen nach zielen die gegenwärtigen Verhandlungen mit Paris usw. auf den Bau des größten und teuersten Projekts (s. o. unter a!).

Aber bemerkenswert scheint mir zu sein, daß die zuständigen Kreise sich betont optimistisch geben, wenn die Rede auf unsere große, nur zu etwa 25 % ihrer Kapazität genutzte Raffinerie in Haifa kommt, oder auf die schon seit 1948 trockene Pipeline der Anglo-Irak Oil Company.

Es sieht also ganz so aus, als ob die Manager des großen Ölgeschäfts mit dem kleinen Israel noch so einiges vorhaben und als ob das israelische Entwicklungsministerium ihren Projekten durchaus nicht ablehnend gegenüberstehe. Dagegen ist es still, sehr still geworden um die vor dem Suez-Krieg in Moskau mit der Sowjetunion geführten Verhandlungen, sowjetisches Rohöl nach Haifa zu liefern, und auch auf die in der UdSSR bestellten Turbo-Bohrgeräte, so fürchte nicht nur ich, werden unsere Bohrgesellschaften noch lange warten können, s e h r lange.

Moshe Ymerglik, Jerusalem

Dokumente zum Zeitgeschehen

Zur Krise im Jemen

Der Geschäftsführer der Gesandtschaft des Mutwakilia Königreiches des Jemen in der Bundesrepublik, A. R. Albaydany, überreichte uns eine Presseerklärung, die wir im Wortlaut wiedergeben:

„Die Besetzung der Region von Aden durch Großbritannien begann damit, daß einem auf hoher See sich in Seenot befindlichen britischen Schiff — auf seinem Wege nach Indien — das Trinkwasser ausging und es deshalb in Aden Zuflucht suchte, um sich dort mit Wasser zu versorgen. Das Schiff wurde vom jemenitischen Gouverneur von Aden willkommen geheißen und seine Besatzung als Gäste der Regierung vom Jemen behandelt. Diese wohlwollende Haltung und Gastfreundschaft brachte den Kommandanten des Schiffes auf die Idee, im Namen der Ostindischen Gesellschaft mit dem Gouverneur von Aden ein Abkommen zu unterzeichnen, durch welches der Gesellschaft das Recht eingeräumt wurde, auf jemenitischem Boden ein Wasserreservoir und ein Kohlenlager zu errichten. Dies war der Beginn der gewaltsamen Besitznahme weiterer jemenitischer Gebiete unter dem Vorwand der Notwendigkeit, die Wasser- und Kohlenlager zu schützen; und so besetzten die Briten die ganze Stadt Aden, die sie seit 1937 dem britischen Kolonialministerium unterstellten. Durch Druck, Terror, Zerstörung von Häusern und Verwüstung von jemenitischen Besitztümern brachten sie die Führer der um die Stadt Aden ansässigen jemenitischen Stämme dazu, Pakte zu unterschreiben, durch welche sie sich dem britischen Protektorat unterwarfen.

Die jemenitische Regierung hat indessen diese Pakte niemals anerkannt, da die Stammesführer zur Unterzeichnung solcher Pakte keinerlei gesetzliche Vollmachten hatten. Der Internationale Gerichtshof hat übrigens in ähnlichen Fällen den zwischen Staaten einerseits und regionalen Prinzen oder Scheiks andererseits abgeschlossenen Verträgen jede Gültigkeit abgesprochen, da ein international anzuerkennender Vertrag einzig zwischen zwei oder mehreren Staaten abgeschlossen werden kann. Deshalb widersetzte sich die Regierung des Jemen diesem britischen Gewaltakt und erkannte die Rechtmäßigkeit der britischen Existenz in Aden und Umgebung, von den Engländern gegenwärtig als ‚Protektorat' bezeichnet, nicht an. Nachdem die Spannung zwischen Großbritannien und Jemen den Höhepunkt erreicht hatte, beschlossen die Regierungen beider Länder 1934, die bis dahin fortgesetzten Kämpfe einzustellen und normalen Beziehungen den Weg zu ebnen. Gleichzeitig einigten sich beide Teile, bis zur Erreichung einer friedlichen Regelung den Status quo, wie er 1934 war, beizubehalten. Dies wurde durch einen 1951 unterzeichneten Vertrag bekräftigt. Später schloß die jemenitische Regierung Verträge mit deutschen und amerikanischen Gesellschaften ab, die die Ausbeutung der Metall- und Ölreichtümer des Landes zum Gegenstande haben. Natürlich lud die Regierung des Jemen britische Gesellschaften nicht ein, an diesen Konzessionen teilzuhaben, da Jemen böse Erfahrungen gemacht und schlechte Erinnerungen an die britische Kolonialisierung hatte, welche diese als Gast begann und mit der Besetzung des Hauses des Gastgebers und der Ermordung des Gastgebers und seiner Familie beendete. So war es in Indien, in Ägypten und in jedem Land, das von England heimgesucht wurde. Da die englischen Gesellschaften von der Ausbeutung der jemenitischen Metallvorkommen ausgeschlossen wurden, entschloß sich Großbritannien zu einem großen Manöver, mit dem es einen föderalistischen Bund zwischen den jemenitischen Zonen zustandebringen wollte, der die gänzliche Einverleibung in die britischen Kolonien einleiten sollte. Dies geht übrigens aus der Tatsache hervor, daß nach dem britischen Projekt der britische Gouverneur von Aden Präsident des Bundes sein und über die Reichtümer dieser Gebiete praktisch frei und uneingeschränkt verfügen sollte. Die jemenitische Regierung widersetzte sich naturgemäß diesem Projekt, das mit den bestehenden jemenitisch-britischen Verträgen unvereinbar war, weil es den Status quo aufgehoben hätte. Die Arabische Liga unterstützte den jemenitischen Standpunkt. Die britische Regierung aber erklärte in der Region den Ausnahmezustand und schickte ihre Bomber, um Häuser zu zerstören, Blut zu vergießen und um alle in der Nähe dieser Zone befindli-

chen Bauten der jemenitischen Regierung in Schutt und Asche zu legen.

Diese Aktion der Briten führte zu einem offenen Aufstand in der ganzen Zone von Aden und Umgebung, deren Bewohner die Rückgliederung dieses Gebietes in ihre alte jemenitische Heimat forderten. Die Briten versuchten, durch Einsatz von Panzern und Düsenbombern und durch Zerstörung von Städten und Dörfern den Aufstand im Keime zu ersticken, bevor die Weltöffentlichkeit davon Kenntnis bekam.

In der Nacht auf den 25. Dezember, während die Welt die Geburt Christi, des Verkünders des Friedens auf Erden und der Liebe zwischen den Menschen, feierte, warfen britische Flugzeuge ihre mörderischen Spreng- und Brandbomben auf friedliche jemenitische Städte und Dörfer, töteten Hunderte und verletzten Tausende von Menschen schwer, meist Frauen, Kinder und Greise. Die Städte El-Beida, Hureib und Ka'taba, die unbestreitbar in jemenitischem Gebiet liegen, waren unter anderem schweren Luft- und Panzerangriffen ausgesetzt, in deren Folge Regierungsbauten (an der provisorischen Grenze gelegene Zollhäuser) zerstört wurden. Die britischen Luftangriffe gegen jemenitische Städte werden immer noch fortgesetzt. Aus dieser britischen Haltung ist klar zu ersehen, daß Großbritannien nicht gewillt ist, die mit dem Jemen abgeschlossenen Verträge, die den Frieden in dieser Gegend gewährleisten sollen, zu respektieren. Die Briten beabsichtigen offenbar, durch solche Aktionen diese Gebiete zu annektieren und sich so an der jemenitischen Regierung zu rächen, weil diese Verträge mit deutschen und amerikanischen Gesellschaften zur Ausbeutung der im Innern des Jemen befindlichen Metall- und Ölvorkommen abgeschlossen hat. Die der englischen Politik gegenüber stets vorsichtig gewesene Haltung der jemenitischen Regierung hat im übrigen in einsichtigen und erfahrenen politischen Kreisen stets Verständnis und Zustimmung gefunden, da diese englische Politik sich stets wenig um die Respektierung abgeschlossener Verträge, internationaler Grundsätze sowie der Charta der Vereinten Nationen und der Menschenrechte kümmerte. Bei dieser Gelegenheit möchte ich feststellen, daß das jemenitische Volk dem britischen Volk Achtung und Wertschätzung entgegenbringt und daß der gegenwärtige Konflikt auf die unglückliche Initiative britischer Behörden in Aden zurückzuführen ist. Ich entsinne mich noch des Vortrages von Herrn Hugh Gaitskell, des Chefs der britischen Arbeiterpartei, den er im vergangenen September in der ‚Redoute' in Bad Godesberg gehalten hat und der sehr realistische Richtlinien für eine auf Gerechtigkeit aufgebaute Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und allen Völkern enthielt, die mit diesem in Verbindung stehen. Nach dem Vortrag hatte ich Gelegenheit, mit Herrn Gaitskell Gedankenaustausch zu pflegen, und ich stellte fest, daß der Chef der Labour Party der Meinung war, daß Großbritannien seine Beziehungen zu anderen Völkern auf der Grundlage der Achtung des Selbstbestimmungsrechtes dieser Völker und auf der Basis des wirtschaftlichen Austausches nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung und freien Willensbestimmung aufbauen sollte, ohne daß die Souveränität und volle Selbständigkeit dieser Völker eine Beeinträchtigung erleiden. Ich entsinne mich noch meiner Antwort an Mr. Gaitskell, daß der Jemen keinen Augenblick zögern würde, mit Großbritannien zusammenzuarbeiten, wenn Großbritannien sich diese Grundsätze zu eigen machen würde.

Während ich erwartete, daß Großbritannien sich anschicken würde, diesen Grundsätzen Rechnung zu tragen, wurde ich von der Nachricht über Angriffe britischer Bomber auf jemenitische Städte und der Tötung von Hunderten von Jemeniten in dem Gebiet von Aden selbst überrascht. Diese Angriffe richteten sich gegen die friedliche Bevölkerung, nur weil sie ihre Opposition gegen eine britische Politik offen bekundet hatte, die in der Weltgeschichte einzig dasteht und die folgendes Beispiel illustrieren mag:

Wenn beispielsweise irgendeine Beleidigung eines britischen Soldaten in einer im Gebiet von Aden liegenden Stadt gemeldet wird, verfügen die britischen Behörden die Schließung sämtlicher Geschäfte der Stadt und aller Handelshäuser, verbieten jede kaufmännische Verbindung mit anderen Städten und bombardieren wahllos die ganze Stadt.

Ich habe es für zweckdienlich gehalten, Ihnen mit dieser Erklärung auch eine Photokopie eines der britischen Ultimaten zu überreichen, aus welchem die vorher erläuterte Tatsache hervorgeht.

Haben Sie je von einer ähnlichen Handlung in der Geschichte gehört? Diese Ultimaten sind mehrmals monatlich wiederholt worden, seit die britische Besetzung begann.

Wie fühlen Sie sich, wenn Sie nun über diese Grausamkeit hören? Wie würden Ihre Gefühle sein, wenn solche Unterdrückung in Ihrem Lande begangen würde? Wie würden Sie solcher Unterdrückung begegnen? Würden Sie ruhig bleiben und für den Angreifer beten? Oder würden Sie für Ihre Freiheit und Ihre Menschenrechte revoltieren? Der zweite Weg wurde durch meine Landsleute gewählt. Sie haben sich erhoben und werden fortfahren, sich und ihre Menschenrechte zu verteidigen. Sie bestanden und werden weiterhin darauf bestehen, zu unserem Mutterland, dem großen Jemen, zurückzukehren. In ihrem Kampf für Freiheit hoffen sie auf Ihre moralische Unterstützung und Sympathie.

Am 5. 1. 1957 hielt die Arabische Liga eine Sondersitzung ab, um den britischen Angriff auf Jemen zu prüfen. Am 7. 1. 1957 bestätigte die Arabische Liga ihre Unterstützung des Jemen, verdammte die britische Aggression und entschloß sich, den Fall den Vereinten Nationen zu unterbreiten. Was den Jemen anbelangt, so wird er weiter bestrebt sein, diesen Konflikt auf friedlichem Wege zu beenden. Es liegt an England, das Feuer einzustellen und mit der jemenitischen Regierung über eine Beilegung in einer friedlichen Atmosphäre zu verhandeln, entsprechend den zwischen dem Jemen und Großbritannien bestehenden Verträgen. Wir sind immer tolerant, schauen in die Zukunft und sind bereit, auf allen Gebieten auf der Basis der Gleichberechtigung mit allen zusammenzuarbeiten, die mit uns gemeinsam zu arbeiten wünschen. Aber wenn die britische Aggression fortgesetzt wird und unsere Städte weiterhin verwüstet werden, wird die Regierung des Jemen ihr Volk mit allen Mitteln zu verteidigen haben und wird die Hilfe aller Länder willkommen heißen."

Die ägyptische Note an den Weltsicherheitsrat

Vor dem bewaffneten Überfall Englands und Frankreichs auf die Zone des Suezkanals hatte Ägyptens ständiger UNO-Delegierter Sayid Omar Lutfy dem Präsidenten des Sicherheitsrats eine Note der ägyptischen Regierung überreicht und sie abschriftlich auch dem UN-Generalsekretär zwecks Verteilung unter den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ausgehändigt. Nachfolgend bringen wir wesentliche Auszüge aus der Note.

Am 26. Juli 1956 schuf die Regierung von Ägypten ein Gesetz zur Nationalisierung der Suezkanal-Gesellschaft. Es wurde daraufhin durch die Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreiches in ihrem gemeinsamen Brief an den Sicherheitsrat vom 12. September 1956 geltend gemacht, daß die ägyptische Regierung „versucht habe, einseitig das mit der Suezkanal-Konvention von 1888 bestätigte und ergänzte System der internationalen Leitung des Suezkanals zu beenden." Diese Behauptung entbehrt völlig jedes juristischen, historischen und moralischen Grundes. Neben den klaren Bestimmungen im Artikel 14 des Abkommens von 1888, wonach „die aus der gegenwärtigen Konvention sich ergebenden Verpflichtungen nicht durch die Dauer der an die Suezkanal-Gesellschaft verliehenen Konzession begrenzt sind", die die Hinfälligkeit der durch Frankreich und das Vereinigte Königreich vorgebrachten These erweist, können auch weder Geschichte und Hintergründe der Bildung der Suezkanal-Gesellschaft noch ihr Zusammenhang mit der Konvention auch nur im geringsten jene These stützen, ebensowenig die Unbegreiflichkeit, daß die genannte Gesellschaft etwa einen ewigen Rechtsstatus besitzen solle.

Andererseits hat das Gesetz, durch welches die Suezkanal-Gesellschaft nationalisiert worden ist, für eine volle und der Billigkeit entsprechende Entschädigung der Anteils-Inhaber Sorge getragen und für die Verwaltung des Kanals eine unabhängige Behörde mit unabhängigem Haushalt geschaffen. Diese Behörde ist mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet, ohne durch Bestimmungen und System der Regierung eingeengt zu sein. Gleichzeitig mit der Nationalisierung hat die Regierung erneut ihre Entschlossenheit bestätigt, auch weiterhin die Freiheit der Durchfahrt durch den Kanal in Übereinstimmung mit der Konvention von 1888 zu sichern.

Ungeachtet der Tatsache, daß der Nationalisierungsakt seitens Ägyptens in voller Ausübung seiner souveränen Rechte und ohne Herausforderung oder Verletzung des Rechts einer anderen Nation vollzogen worden ist, wurde ihm mit Erklärungen der Regierungen von Frankreich und des Vereinigten Königreichs begegnet, die von Gewaltandrohungen,

Mobilisierungsmaßnahmen und Bewegungen von Streitkräften begleitet waren. Auch wurden feindliche Wirtschaftsmaßnahmen gegen Ägypten ergriffen. Die Regierungen Frankreichs und des Vereinigten Königreiches haben die im Suezkanal arbeitenden Angestellten und Lotsen aufgehetzt, ihre Arbeit niederzulegen und dadurch den Versuch zu machen, den Kanalbetrieb zu sabotieren.

Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten haben an 21 Länder einschließlich Ägyptens eine Einladung gesandt, eine Konferenz in London zu beschicken, um einen Vorschlag zur Schaffung einer internationalen Behörde für den Suezkanal zu diskutieren. Am 12. August gab die ägyptische Regierung ihre Ablehnung bekannt, an dieser Konferenz teilzunehmen, die ohne vorherige Beratung mit Ägypten vereinbart worden war, um über die Zukunft eines integralen Teiles seines Staatsgebiets zu verhandeln. Hierbei muß angemerkt werden, daß — obschon die ägyptische Regierung am 12. August 1956 ihre Bereitwilligkeit ankündigte, zusammen mit den anderen Signatarmächten der Konvention von Konstantinopel von 1888 eine Konferenz zur Revision dieser Konvention einzuberufen — noch keine entsprechenden Verhandlungen mit Ägypten stattgefunden haben.

Die ägyptische Regierung hat aufmerksam die ihr übermittelten Vorschläge und die verschiedenen, zur Suezkanal-Frage auf der Londoner Konferenz und außerhalb ihrer zum Ausdruck gebrachten Gesichtspunkte studiert. Am 10. September erneuerte die ägyptische Regierung den Ausdruck ihrer Überzeugung, daß auf friedlichem Wege Lösungen für die Fragen gefunden werden sollten, die sich beziehen auf

a) Freiheit und Sicherheit der Schiffahrt im Kanal,

b) Die Entwicklung des Kanals, um künftigen Bedürfnissen der Schiffahrt zu entsprechen,

c) die Festsetzung gerechter und billiger Gebühren und Abgaben.

Zu diesem Zweck schlug die ägyptische Regierung vor, man solle als nächste Maßnahme eine Verhandlungskörperschaft bilden und ihr auch die Aufgabe einer Revision der Konvention von 1888 übertragen. In ihr sollten die verschiedenen, unter den Kanalbenutzer-Staaten bestehenden Ansichten vertreten werden. Sofort sollten Besprechungen stattfinden, um Zusammensetzung, Tagungsort und Datum des Zusammentretens einer solchen Körperschaft zu regeln. Nach der Überzeugung der ägyptischen Regierung sollte eine derartige Verhandlungskörperschaft aus Vertretern Ägyptens und von etwa acht, den Kanal benutzenden Staaten bestehen; über die Auswahl dieser Staaten könne man sich auf diplomatischem Wege einigen.

Die ägyptische Regierung ist entschlossen, keine Mühe zu scheuen, um eine friedliche Lösung der Suezkanal-Frage auf der Grundlage der Anerkennung der legalen und souveränen Rechte Ägyptens und in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zu erreichen, so daß der Kanal weiterhin prosperiert und sich entwickelt, zum Besten aller Völker und für die wichtigsten Interessen von Fortschritt, Frieden und Sicherheit der Welt. In diesem Sinne ist es unerläßlich, den oben erwähnten Akten ein Ende zu bereiten, weil sie — besonders von seiten Frankreichs und des Vereinigten Königreichs — bezwecken, effektiven Besitz vom Kanal zu ergreifen und selbst die Unabhängigkeit Ägyptens zu zerstören. Diese Akte erregen die ganze Welt und versetzen sie in Furcht. Sie sind eine wirkliche Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit und stellen Verletzungen der Charta der Vereinten Nationen von äußerster Schwere dar.

Die Lage sollte daher vom Sicherheitsrat aufmerksam beobachtet werden.

(Übersetzung aus dem Arabischen)

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: Dr. Helmut Dörr. Postscheckkonto Köln 13 312. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Bei de Köln, Hohenstaufenring 57. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise: monatlich einmal zum Preise von DM 1.— zuzüglich 0.03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.

Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.